

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 13 · 42. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 21.12.2011

Wessen Kugeln?

S. 3

Atomar verstrahltes Material – wohin damit, solange kein Endlager existiert? Konkret geht es um Brennelementekugeln der Forschungsanstalt Jülich. Streit über einen möglichen Transport.

Wer zahlt?

S. 4

Wie Musik in den Ohren klingt's meist nicht, wenn von Gebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Rede ist. Diese sollen neu geordnet werden. Ein Fall auch für das Landesparlament.

Was kommt?

S. 10-13

Das Jahr 2011: Was geschah? Was bleibt? Ein Rückblick – auch der fünf Fraktionsvorsitzenden. Zusammen mit einer Vorausschau aufs Jahr 2012, wichtige Themen, Herausforderungen und Ziele.

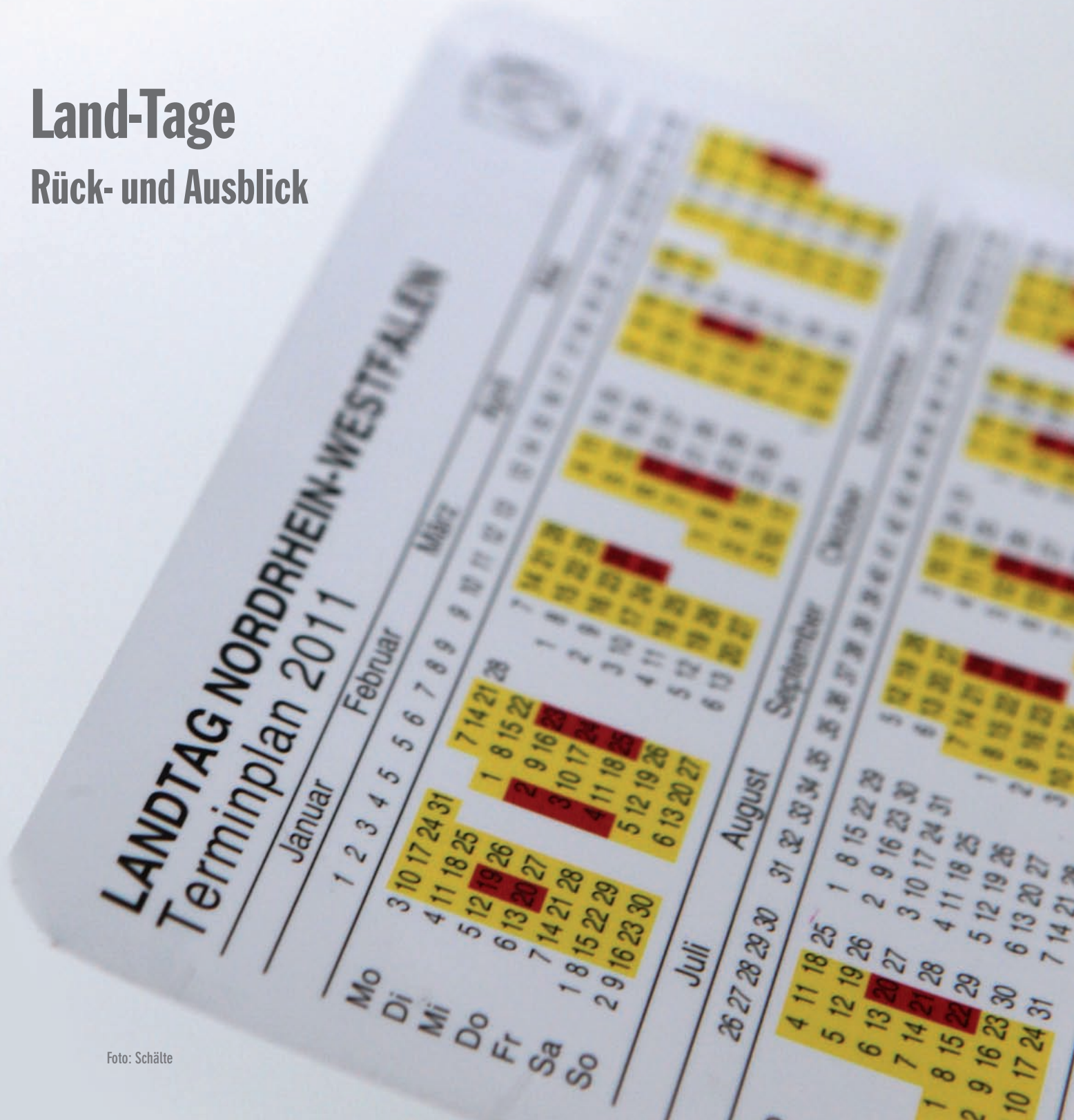
Wo sparen?

S. 15

Die Schuldenbremse: Im Grundgesetz bereits verankert, soll sie nun ebenfalls auf europäischer Ebene eingeführt werden. Und auch die deutschen Bundesländer sollen eine solche Regelung beschließen.

Land-Tage

Rück- und Ausblick



Bewegte Zeiten

Still war es nicht, das Jahr 2011. Die Stürme in der Wirtschafts- und Finanzwelt bewegten Bürgerinnen und Bürger, Medien und Politik. Haushaltsdefizit, Rettungsfonds, Schuldenbremse: Vor diesem Hintergrund gab es im Düsseldorfer Landtag ein intensives Ringen um den Landshaushalt 2011, begleitet von einem Urteil des Verfassungsgerichtshofs zum Nachtragshaushalt 2010. Dazu, Mitte des Jahres, ein Schulkompromiss, der nun für zwölf Jahre die Weichen stellt und obendrein zu einem Konsens der drei größten Fraktionen des Landtags führte.

Keinesfalls von minderer Bedeutung: die Sicherheit der Lebensmittel, der Naturschutz und die Energieversorgung oder das Zusammenleben in einer Gesellschaft von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Glaubens. Mit Blick auf Letzteres einte der aktuelle Kampf gegen rechtsextremen Terror alle Fraktionen.

SCHWERPUNKTE

Ganz oben auf der politischen Arbeitsliste auch die Ausgestaltung der Kinderbetreuung sowie die Sicherung sozialer Standards auf dem Arbeitsmarkt. All dies wurde im politischen Für und Wider, in der Debatte im Plenum und in den Ausschüssen bewertet, erörtert und entschieden.

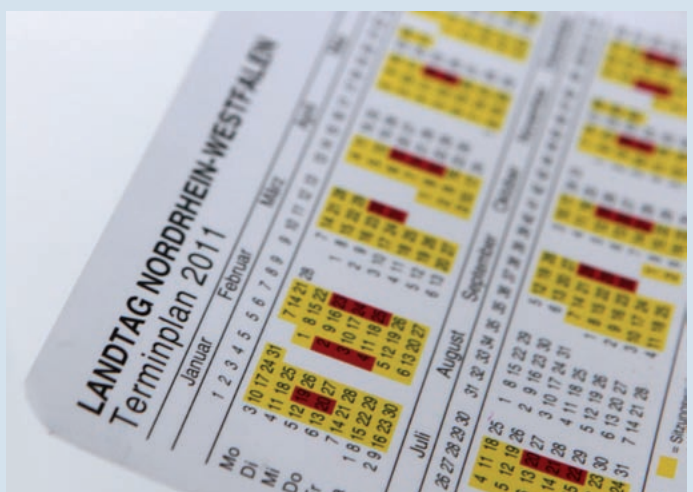
Besonders nah an den Bürgerinnen und Bürger: die Kommunen. Deren finanziell angespannte Lage war Thema vieler Debatten, Anhörungen

und Gespräche über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Ein langjähriges Kapitel wird beendet: die WestLB. Über Jahrzehnte beeinflusste sie als Landesbank die Landespolitik. Nun wird sie aufgespalten, ist Geschichte. In einer Welt offener Grenzen wirkt sich die stürmische Großwetterlage in Wirtschafts-, Bank- und Finanzsektor auch bis nach Nordrhein-Westfalen aus. Daher hat der Landtag sich im Gegenzug verstärktes europäisches Engagement auf die Fahne geschrieben. Der entsprechende Ausschuss und die Parlamentariergruppen geben Zeugnis davon.

Nicht alles wird im Konsens entschieden. Unterschiedliche Ansätze prägen das politische Geschäft. So ist das und muss es sein in einer Demokratie. Diese Ausgabe von „Landtag Intern“ soll schlagwortartig aufzeigen, woran die Volksvertretung in Düsseldorf in diesem Jahr arbeitete.

Und natürlich stehen auf der politischen Agenda schon die nächsten großen Themen: Die Regierung hat den Haushalt 2012 eingebracht, bis zum Frühjahr des neuen Jahres ein Schwerpunktthema im Landtag. Daneben warten Gesetzesentwürfe zu Klimaschutz, islamischem Religionsunterricht, Integration, politischem Ehrenamt sowie zu Verbandsklagerecht und Tariftreue auf weitere Debatten. Abzuwarten bleibt, welche alten oder neuen Wetterlagen beim Wirtschafts- und Währungsgeschehen auf uns zukommen. Mit Blick auf bewegte Zeiten schrieb einst Nietzsche: „Die stillsten Worte sind es, welche den Sturm bringen. Gedanken, die mit Taubenfüßen kommen, lenken die Welt.“

CW



Schwerpunkt: Jahresrückblick

Minderheit findet Mehrheiten 10-11

Schlag auf Schlag 12-13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Energie: Jülich oder Ahaus	3
Medien: GEZ für alle	4
Kommunales: Steiniger Weg	5
Inneres: V-Leute abschalten?	6
Soziales: Wettlauf mit der Zeit	7
Verbraucherschutz: Mast und Medikamente	8
Wirtschaft: Zukunft ohne Kasernen	9

Aus den Ausschüssen:

Haushalt: Bremswirkung	15
Bildung: Expertenrat zu Hochschulräten	18
Umwelt: Prüfung der Abwasserrohre aussetzen ...	18

Gesetzgebung

Aus den Fraktionen 16-17

Portrait: Christina Schulze Föcking (CDU) 19

Impressum

Termine 20



André Stinka (SPD)



Hans Christian Markert (Grüne)



Dietmar Brockes (FDP)



Lutz Lienenkämper (CDU)



Michael Aggelidis (Linke)

Wirtschaftsminister
Harry Kurt Voigtsberger (SPD)

Jülich oder Ahaus

Aktuelle Stunde zu Atomtransporten durch NRW

8. Dezember 2011 – Sollen 152 Behälter mit atomar verstrahlten Brennelementekugeln vom Forschungszentrum Jülich ins Zwischenlager Ahaus wandern? Die von der Bundesregierung gewünschten Transporte seien unverantwortlich und müssten verhindert werden, so die rot-grünen Regierungsfractionen in einer Aktuellen Stunde (Drs.15/3457). Die Linken teilten die Kritik am Bund, forderten aber den Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich. Der Transport nach Ahaus sei wegen auslaufender Lizenzen und unzureichender Sicherheitslage in Jülich unumgänglich, meinten CDU und FDP (Drs.15/3458 bzw. 15/3459).

Von einem „Elefant im Porzellanladen“ sprach André Stinka (SPD) mit Blick auf die nun geplanten Atomtransporte von Jülich nach Ahaus. Man arbeite hart daran, dass die Akzeptanz für Industrie und Energiewirtschaft in der Bevölkerung steige. Jetzt werde atomares Material „völlig sinnlos“ durchs Land geschickt und die Menschen würden verunsichert. Die Brennelementekugeln dürften nur noch ein einziges Mal transportiert werden, und zwar ins Endlager, so der SPD-Sprecher. Für einen Verbleib in Jülich könne man eine juristisch und sicherheitstechnisch einwandfreie Lösung finden. Allerdings habe der Bund als Haupteigentümer des Forschungszentrums dies nicht gewollt.

Auf den breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens beim Ausstieg aus der Atomtechnik verwies Hans Christian Markert (Grüne). Mit der Entscheidung für den Transport des atomaren Materials habe die Bundesregierung gezeigt, dass sie den Ausstieg nur aus Kalkül mitgetragen habe. Ein Verbleib der Kugeln in Jülich hätte in ihrem Ermessen gelegen. Bundesumweltminister Röttgen werde nun die größten Atomtransporte aller Zeiten in NRW verantworten müssen. Die Bundesregierung stelle sich gegen Beschlüsse von Landesregierung und Landtag, von Innenministerkonferenz und Gewerkschaft der Polizei. Letztere habe auf Kosten und Risiken der Transporte hingewiesen.

Es sei eine „inszenierte Angstkampagne“, meinte dagegen Dietmar Brockes (FDP). Rot-Grün scheue nicht davor zurück, dieses „überaus sensible“ Thema in verantwortungsloser Art und Weise zu missbrauchen. Der Bund habe die Voraussetzungen für eine rechtlich wie auch faktisch sichere Lagerung der Brennelementekugeln in Jülich geschaffen. Landesumweltminister Rammel dagegen habe geltende Vereinbarungen ohne Not aufgekündigt. „Damit ist das Ihr Atommüll“, betonte Brockes. Nach Mitte 2013 gebe es nur noch eine Möglichkeit, den Atommüll rechtlich zulässig aufzubewahren, und das sei in Ahaus. Ansonsten müsse man in Jülich ein komplett neues Lager bauen.

Den Aufschrei habe Rot-Grün von langer Hand geplant, kritisierte Lutz Lienenkämper (CDU). Im Februar habe die Landesregierung erklärt, die 152 radioaktiven Behälter sollten in Jülich verbleiben. Dann habe sie gewartet, bevor sie „zufällig“ zeitgleich mit den Protesten in Gorleben einen entsprechenden Antrag eingereicht habe. „Sie kümmern sich um gar nichts“, meinte der CDU-Sprecher mit Verweis auf die Sorgen der Menschen in Jülich, einem Standort mit aus seiner Sicht vergleichsweise schlechter Sicherheitslage. Die Landesregierung sage nicht, was sie gegen eine mögliche ungenehmigte Lagerung tun wolle oder was das Forschungszentrum konkret unternehmen solle.

Als „teure, riskante und überflüssige atomare Irrfahrt“ bezeichnet Michael Aggelidis (Linke) den geplanten Transport des atomaren Materials. Dieser werde massive Polizeieinsätze notwendig machen. Insofern unterstütze er die Kritik an der schwarz-gelben Bundesregierung, so der Linken-Sprecher. Er forderte allerdings auch, dass die rot-grüne Landesregierung alle Möglichkeiten ausschöpfe, um die geplanten Transporte zu unterbinden. Trotz Atomausstiegs werde in Deutschland noch über viele Jahre Atommüll produziert. Daher müsse man die Suche nach einem Endlager für dieses Material verstärken. Bis dahin sei ein neues Zwischenlager in Jülich notwendig.

Die Landesregierung habe immer wieder deutlich gemacht, dass „wir Atomtransporte in Nordrhein-Westfalen verhindern wollen“, erklärte Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD). Der Bund habe aber nur diese Option verfolgt und ein Zwischenlager in Jülich abgelehnt. Die Landesregierung habe in Gesprächen über dieses Thema betont, dass die Brennelemente nur noch ein Mal und zwar in Richtung Endlager bewegt werden sollten. Sie habe unnötige Transporte vermeiden wollen, während der Bund angestrebt habe, das Forschungszentrum Jülich brennstofffrei zu machen. Die Hoffnung auf eine Neubewertung dieses Standorts nach der Energiewende hätte sich aber leider zerschlagen. Diese Auffassung unterstrich auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). cw

GEZ für alle

SPD, Grüne und CDU stimmen neuer Rundfunkbeitragsordnung zu

Foto: Schälte

8. Dezember 2011 – Ob Radio, Fernsehen oder Web-TV: Ab dem Jahr 2013 gibt es für jegliche Rundfunknutzung einen pauschalen Monatsbeitrag von 17,98 Euro – und zwar pro Haushalt oder Betriebsstätte. Bislang zahlt jeder nur für die von ihm angemeldeten Geräte, was teils mit erheblichem Prüfaufwand seitens der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) verbunden ist. Der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde bereits Ende 2010 von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen. Nun mussten noch die einzelnen Länderparlamente zustimmen.

Die Diskussion um die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei mit dem neuen Vertrag nicht beendet, sagte **Andrea Verpoorten** (CDU). Doch trotz mancher Kritik sei der Systemwechsel wichtig, um eine Gebührenerhöhung zu verhindern, die wegen der vielen „Schwarzseher“ drohe. Zudem rechtfertige das moderne Nutzungsverhalten nicht länger einen an bestimmten Geräten orientierten Beitrag. Grundsätzlich erteilte Verpoorten weiterem Finanzbedarf eine Absage: „Ein fokussierter Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln muss reichen, um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.“ Daneben forderte sie, die Parlamente bei Staatsverträgen stärker zu beteiligen.

„Das bisherige System benachteiligt die ehrlichen Gebührenzahler“, befand **Alexander Vogt** (SPD). Die Vorteile des neuen Systems lägen auf der Hand: gerechter, weniger Kontrollen an der Haustür und stabile Beiträge. Auch schränke der Vertrag das Programm-Sponsoring ein – ein Schritt in die richtige Richtung: „Langfristig ist aus Sicht der SPD-Fraktion eine Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anzustreben“, erklärte Vogt. Zudem forderte er ein einfacheres GEZ-Befreiungsverfahren, lobte aber die verbesserte Beitragsstaffelung zugunsten kleiner und mittelständischer Unternehmen. Ein Schwerpunkt bei einer kommenden Auswertung des neuen Systems müsse beim Datenschutz liegen.

„Ich bin der Meinung, dass wir uns eine Debatte überhaupt nicht leisten können, nämlich die Infragestellung des öffentlich-rechtlichen

Rundfunks“, sagte **Oliver Keymis** (Grüne). Entgegen anderslautender Stimmen liege dort der Informations- deutlich über dem Unterhaltungsanteil. 60 Cent pro Tag koste dieses Angebot die Menschen in Deutschland: „Das ist weiß Gott ein Betrag, der von fast jedem in diesem Land zu leisten ist“, meinte der Grünen-Politiker. Und wer sozial schwach oder behindert sei, könne sich von den Beiträgen befreien lassen. Zudem lobte Keymis, dass der Vertrag auf Initiative von Rot-Grün hinsichtlich des Datenschutzes noch einmal nachgebessert wurde.

Das reiche nicht aus, betonte **Ralf Witzel** (FDP). Auch der Landesdatenschutzbeauftragte warne davor, den Vertrag so umzusetzen. „Die GEZ bekommt die Befugnis, Daten aus privaten Quellen zu erheben“, argumentierte Witzel. Zwar solle diese Regelung zunächst zwei Jahre aussetzen, doch stelle sich die Frage, warum sie überhaupt im Vertrag stehe. Weg vom Endgerätebezug, sei der richtige Weg. Jedoch plädierte der FDP-Politiker für eine personenbezogene Medienabgabe in Form einer Flatrate. Ein Betrag von 9 Euro pro Person sei realistisch, wenn der Rundfunk etwas sparsamer arbeite. So gehöre zur gebotenen Grundversorgung nicht unbedingt eine Palette von 100 einzelnen Angeboten.

Ralf Michalowsky (Linke) forderte, den Vertrag neu zu verhandeln. Neben Datenschutzdefiziten belaste er kleine und mittlere Betriebe überproportional, bitte Nicht-Rundfunknutzer zur Kasse und schaffe den Nachteilsausgleich für Behinderte ab. Hinzu komme die Doppelbelas-

tung für Menschen mit Zweitwohnungen oder Kleingartenlauben. Letzteres treffe vor allem die neuen Bundesländer: Während Lauben bis 24 Quadratmeter im Westen nicht als Wohnung galten, habe es eine solche Regel in der früheren DDR nicht gegeben. Die Folge: größere Lauben, die zukünftig als Wohnungen beitragspflichtig wären. Hier fehle bisher eine rechtssichere Formulierung.

Der Vertrag sehe bestimmte kleingärtnerische Anlagen nicht als Wohnungen und so auch nicht beitragspflichtig an, stellte **Medienministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD) klar. Bei Lauben über 24 Quadratmetern sei eine Einzelfallprüfung notwendig: „Ist das Gebäude zum Wohnen geeignet, so fällt ein Rundfunkbeitrag an“, erläuterte die Ministerin. Insgesamt betonte sie: „Es ist ein guter Staatsvertrag, der hier vorliegt, weil er viele Verbesserungen gegenüber dem geltenden Recht enthält.“ Das jetzige System könne die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht mehr sichern. Zudem sei die im neuen Vertrag genannte Datenerhebung durch geltendes Recht gedeckt. *bra*

Angenommen

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU hat der Landtag den 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (Drs. 15/1303) angenommen. FDP und Linke stimmten dagegen. Dasselbe Abstimmungsbild ergab sich für einen Entschließungsantrag von SPD und Grünen (Drs. 15/3490).

Steiniger Weg

Höhe und Bedingungen der Finanzhilfen für die Kommunen umstritten

8. Dezember 2011 – Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP hat der Landtag das „Stärkungspaktgesetz“ in 2. Lesung verabschiedet. Dies stellt 34 Kommunen, deren Überschuldung entweder bereits eingetreten oder bis 2013 zu erwarten ist, ab 2011 über 10 Jahre hinweg jährlich insgesamt 350 Millionen Euro zur Verfügung. Im Gegenzug müssen die Kommunen Sparkonzepte erarbeiten und werden bei der Umsetzung überwacht. Ab 2012 können auch die Kommunen freiwillig teilnehmen, deren Überschuldung bis zum Jahr 2016 droht. Spätestens im Jahr 2021 sollen die teilnehmenden Städte und Gemeinden aus eigener Kraft einen Haushaltsausgleich erreichen. Umfang und Vorgehensweise des Gesetzes waren in der Debatte umstritten.

Als „Danaergeschenk“, das sich dem Empfänger als „unheilvoll und schadensstiftend“ erweise, bezeichnete **Bodo Löttgen** (CDU) das von der Landesregierung vorgelegte Gesetz. Eine große Schwäche des Programms sei es, dass mit ihm nur 34 extrem klamme Kommunen bedacht würden. Bei einer Gesamtverschuldung aller 396 NRW-Kommunen in Höhe von 57 Milliarden Euro sei die „vorweihnachtlich milde Gabe“ schlicht nicht ausreichend. Mit der Verabschiedung des Gesetzes zementiere die Landesregierung den bereits durch die letzten Gemeindefinanzierungsgesetze verabschiedeten Weg einer „kommunalen Zweiklassengesellschaft“.

Von einem „historischen Tag“, an dem eine Landesregierung erstmals einen massiven Konsolidierungspakt mit den Kommunen schließe, sprach dagegen **Michael Hübner** (SPD). In einem „Kraftakt“ stelle das Land in den nächsten zehn Jahren den 34 am stärksten betroffenen Kommunen 3,5 Milliarden Euro Hilfen zur Verfügung. Ab 2014 werde den Kommunen, die in erster oder zweiter Stufe am Stärkungspakt Stadtfinanzen teilnahmen, insgesamt 610 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Daraus werde erkennbar, dass nicht nur 34 Städte, sondern eine erheblich größere Zahl von Städten an dem Programm teilnehmen könnten.

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) sah in dem Gesetz einen „Meilenstein“ auf dem Weg zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen. Wichtig sei, dass bei Abweichungen vom Haushaltssanierungskonzept verpflichtend ein Sparkommissar bestellt werden müsse. „Insgesamt werden heute 5,8 Milliarden Euro in ein Paket geschnürt“, betonte Mostofizadeh. Die CDU dagegen habe sich zuvor „in einem ungeahnten Raubzug durch die kommunalen Kassen bewegt, der die kommunale Finanzkrise noch verschärft hat“. Zur Stärkung der Kommunen werde aber auch die Unterstützung des Bundes durch eine Entlastung bei den Sozialabgaben gebraucht.

„Der Stärkungspakt war nötig. Er war längst überfällig“, betonte **Horst Engel** (FDP). Am Ende

der Beratungen sei es gelungen, „ein Änderungspaket zu erarbeiten, das den Gesetzentwurf der Landesregierung substanziell verbessert und umsetzbar macht“. Man habe einen „sinnvollen Kompromiss“ gefunden, insbesondere auch durch die Streichung der finanziellen Beteiligung wohlhabenderer Kommunen. Das Stärkungspaktgesetz stelle sicher, dass die teilnehmenden Kommunen eine realistische Chance hätten, sich durch Hilfszahlungen und eigene Konsolidierungsmaßnahmen aus ihrer finanziellen Notlage zu befreien.

„Die minimalen Hilfen, die Sie zur Verfügung stellen, werden an so starke Kürzungsaufgaben und Bedingungen geknüpft, dass das Selbstverwaltungsrecht der 34 Kommunen erdrosselt wird“, kritisierte **Özlem Alev Demirel** (Linke) den Gesetzesvorschlag. Dieser bedeute für die „zwangsbeglückten Gemeinden“ die Schließung vieler freiwilligen Einrichtungen, die Veräußerung von kommunalem Vermögen, eine drastische Erhöhung der Grundsteuern, Kürzungen bei den Personalausgaben, betriebsbedingte Kündigungen und schlechteren Service. Notwendig sei dagegen eine „echte“ Entschuldung der Kommunen durch einen Landesfonds.

Von einem „Tag der Entscheidungen“, an dem sich zeige, wer wirklich an der Seite der Kommunen stehe, sprach Innenminister **Ralf Jäger**: „Niemand zuvor hat eine Landesregierung mehr Geld für die Kommunen in NRW bereitgestellt.“ Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen gehe es nun darum, gezielt den Kommunen zu helfen, bei denen die Not am größten sei, und diese wieder handlungsfähig zu machen. Bei der Gesamtfiananzierung der Komplementärmittel solle eine „faire Lastenverteilung“ zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen stattfinden. Man helfe und fordere gleichzeitig Solidarität ein.

Anica Bömkke

Zustimmung

Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf (Drs. 15/2859) wurde in 2. Lesung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Linken verabschiedet.



Bodo Löttgen (CDU)

Michael Hübner (SPD)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Horst Engel (FDP)

Özlem Alev Demirel (Linke)

Fotos: Schälte

Minister Ralf Jäger (SPD)

V-Leute abschalten?

Landtagsmehrheit wies Forderung der Linken als voreilig zurück

8. Dezember 2011 – „V-Leute in der Naziszene abschalten!“, forderte die Fraktion der Linken in einem Antrag (Drs. 15/3410). Die bekannt gewordene Mordserie rechtsextremistischer Terroristen in Deutschland werfe die Frage nach den Methoden des Verfassungsschutzes auf, der „erneut zur Warnung vor rechten Gewalttaten nicht im Stande war“, so die Antragsteller. Daher sei es notwendig, in Nordrhein-Westfalen „alle V-Leute in der NPD und der rechtsextremistischen Szene unverzüglich abzuschalten“ und auch auf Bundesebene diesen Schritt zu vollziehen. Im Plenum lehnten die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP den Antrag ab. Sie warnten vor übereilten Reaktionen und forderten intensivere Diskussionen.

„Wer die NPD erfolgreich verbieten will, der darf nicht so tun, als ob das ohne eine Abschaltung der V-Leute funktionieren kann“, erklärte Anna Conrads (Linke). Nach den bisherigen Erkenntnissen stehe zu befürchten, dass selbst im engeren Umfeld der Terrorzelle V-Leute tätig gewesen seien, jedoch nichts zur Aufklärung der Taten beigetragen hätten. Daher meinte Conrads, das V-Leute-System und mit ihm der Verfassungsschutz von Bund und Ländern habe „auf ganzer Linie versagt“. Mit dem Einsatz von V-Leuten begeben sich der Staat „selbst tief hinein in den Sumpf, der eigentlich trockengelegt gehört“.

„Unser Staat ist weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind“, betonte Theo Kruse (CDU). Mit „vereinten Kräften“ von Bund und Ländern gelte es nun, Taten und Zusammenhänge aufzuklären und zu prüfen, wie Sicherheitsstrukturen verbessert werden könnten. Der Verfassungsschutz erfülle einen unverzichtbaren sicherheitspolitischen Bedarf, den Polizei und Justiz nicht vergleichbar abdecken könnten, so Kruse. Niemand behauptete, dass die Arbeit mit V-Leuten „eine Wunderwaffe der Ermittler“ sei. Auf sie zu verzichten, hätte jedoch „gehörige

Konsequenzen für die Arbeit des Verfassungsschutzes“.

Es sei ein „kaum erträglicher Gedanke, dass sich der Rechtsstaat zu seinem Schutz mit braunem Pöbel gemein machen muss, der gerade diesen Rechtsstaat überwinden will“, so Hans-Willi Körfges (SPD). Dem Antrag der Linken könne er jedoch nicht zustimmen, denn dies setze „die sichere Erkenntnis voraus, dass diese V-Leute tatsächlich in jedem Fall und unter allen Bedingungen entbehrlich sind“. Diese Erkenntnis habe er jedoch nicht. Erforderlich sei es vielmehr, über die Notwendigkeit des Einsatzes von V-Leuten weiterhin qualifiziert zu diskutieren und das Thema bis zur Klärung sämtlicher Fragen aufzuarbeiten.

„Die Arbeit der Nachrichtendienste und der Sicherheitsbehörden gehört auf den Prüfstand“, fand Verena Schäffer (Grüne). Ein Abschalten der V-Leute mache jedoch nur dann Sinn, wenn dies koordiniert zwischen den Verfassungsschutzämtern der Länder und des Bundes geschehe. Schäffer sah in der Debatte die Grundsatze Frage berührt, „ob wir den Schutz unserer

freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch Vorfeldbeobachtungen verfassungsfeindlicher Bestrebungen haben wollen“. Schnelle und einfache Lösungen gebe es angesichts der aktuellen Situation nicht. „Wir brauchen die Zeit für Diskussionen.“

Dr. Robert Orth (FDP) wandte sich gegen einen „überhasteten Abzug von V-Leuten“ und ein voreiliges NPD-Verbotsverfahren. Der Liberale sprach sich vielmehr dafür aus, die Prävention zu stärken, die V-Leute besser auszubilden, sie besser auszuwählen und besser zu beobachten. In der „sehr gefestigten Demokratie in Deutschland“ brauche man die Auseinandersetzung mit extremistischem Gedankengut nicht zu scheuen. Im Antrag der Linken vermisste er konkrete Vorschläge, wie „wir uns vernünftig besser aufstellen können, um solche Taten, wie sie geschehen sind und wie wir sie alle nicht wollen, zu verhindern“.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) kritisierte die „pauschale Verunglimpfung“ der V-Leute, wie sie aus dem Antrag hervorgehe. Ein generelles Wegziehen dieser Quellen führe dazu, „dass Demokratie von der rechten Seite wieder angreifbar würde“, so Jäger. „Wir wissen in NRW, dass wir einige Straftaten verhindert haben und so manche Demonstration ganz anders verlaufen wäre, wenn wir auf das Wissen dieser Quellen nicht hätten zurückgreifen können“, veranschaulichte der Innenminister. Den Fraktionen bot er an, sich vom Verfassungsschutz über die Ausbildung, Arbeit und Kontrolle der V-Leute informieren zu lassen. SW

Abgelehnt

In direkter Abstimmung lehnten die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP den Antrag (Drs. 15/3410) gegen die Stimmen der Linken ab.

Der Abbau von Barrieren ...

... im Landtagsgebäude für Menschen mit Behinderungen ist das Ziel einer Vereinbarung, die anlässlich zweier Ausstellungseröffnungen zum „Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung“ von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (2.v.r.), der Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW, Geesken Wörmann (r.), Daniel Kreutz, Sozialverband Deutschland (l.), sowie Robert Walter, Sozialverband VdK Deutschland (2.v.l.), im nordrhein-westfälischen Parlament unterzeichnet wurde. Der Landtag hatte sich zu Beginn dieses Jahres bereit erklärt, Verhandlungen über den Abschluss einer solchen Zielvereinbarung aufzunehmen. Er wollte damit ein Zeichen für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung setzen. Foto: Schälte

Wettlauf mit der Zeit

Debatte um Arbeitszeitverstöße an nordrhein-westfälischen Krankenhäusern

8. Dezember 2011 – Seit 2010 wurden an nordrhein-westfälischen Krankenhäusern 199 Arbeitszeitverstöße festgestellt, beklagt die FDP. Daher fordert sie in einem Antrag (Drs. 15/3256) die Landesregierung auf, ein Konzept zu erstellen, mit dem der Arbeitsschutz und somit auch die Patientensicherheit nachhaltig verbessert werde. Darüber, dass eine sichere Versorgung von Patientinnen und Patienten nur bei ausgeruhten Ärztinnen und Ärzten gewährleistet ist, waren sich alle Fraktionen einig. Auch die CDU forderte Abhilfe. Arbeitsminister Schneider dagegen sah die Landesregierung „längst auf einem guten Weg“. Die Vorgängerregierung habe den Arbeitsschutz vernachlässigt, kritisierten SPD, Grüne und Linke.

In der Sache gehe es um die „bestmögliche, qualitativ hochwertige und vor allem sichere Versorgung der Patienten“, betonte **Peter Preuß** (CDU). Um dies zu gewährleisten, müsse die Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern und Bezirksregierungen verbessert werden. Es fehle an eindeutigen und praxistauglichen Richtlinien, an denen sich die Personalabteilungen der Krankenhäuser und die Bezirksregierungen orientieren könnten. Deshalb sei es grundsätzlich richtig, ein verlässliches Konzept zu fordern, damit die sichere Versorgung der Patienten nicht an „bürokratischen Hemmschuhen“ scheitere.

Im Bereich des ärztlichen Dienstes an Krankenhäusern seien die Arbeitszeitverstöße in den letzten Jahren „eklatant“, führte **Dr. Stefan Romberg** (FDP) aus. „Wir haben wiederholt eine flächendeckende Überwachung der Krankenhäuser, aber natürlich auch eine Beratung und eine Ahndung bei Verstößen sowie deren Veröffentlichung gefordert.“ Eine erneute Überprüfung von 20 Krankenhäusern in diesem Jahr habe 98 Verstöße ergeben. Dies zeige, dass die bisherigen Maßnahmen wie Sanktionen, Information und Beratung der Krankenhäuser nur wenig gebracht hätten und daher zeitnah auf den Prüfstand gehörten.

Die FDP präsentiere im Landtag ein europäisches und bundespolitisches Thema als „vermeintlich brandeilige vorweihnachtliche Gabe“, kritisierte

Angela Lück (SPD). Gerade die FDP habe in der vergangenen Legislaturperiode anerkannte Schutz- und Kontrollinstanzen abgeschafft und ausgedünnt, was sie jetzt kritisiere. Die Landesregierung unternehme im Rahmen des rechtlich Möglichen alles Notwendige, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz festzustellen und zu ahnden. Doch der primäre Arbeitsschutz der Ärztinnen und Ärzte sowie die Patientensicherheit falle in den Zuständigkeitsbereich des Bundesgesundheitsministers.

Es sei „nicht hinnehmbar“, dass in einigen Krankenhäusern Übermüdung, Arbeitsbelastung und Unterbesetzung der Ärztinnen und Ärzte immer noch ein Problem sei, bekräftigte **Arif Ünal** (Grüne). Bereits in der vergangenen Legislaturperiode habe seine Partei gefordert, geregelte und akzeptable Arbeitszeiten für die Betroffenen in NRW zu verankern. Die Krankenhäuser hätten bis dato große Anstrengungen unternommen, die neue Arbeitszeitregelung umzusetzen. Bei einem Großteil sei dies erfolgreich gelungen. Dennoch gebe es weiter Handlungs- und Optimierungsbedarf, auch in Hinblick auf die Bekämpfung des Ärztemangels.

Die Linken kritisierten schon lange, dass die Vorgängerregierung den Arbeitsschutz stetig ausgehöhlt habe, stellte **Wolfgang Zimmermann** (Linke) voran. Es sei richtig, dieses Problem zum Thema zu machen. Man müsse dann aber auch alles tun, um die personale Ausstattung in den Krankenhäu-

sern zu optimieren und das nicht nur bei der Ärzteschaft. Man teile das Anliegen der FDP, dass die Zahl der übermüdeten Ärztinnen und Ärzte zeitnah zurückgehe und ein Konzept für mehr Arbeitnehmerschutz vorgelegt werde. Um dies durchzusetzen zu können, müsse allerdings eine Änderung der Gesundheitspolitik auf Bundesebene erfolgen.

Die Ergebnisse der jüngsten Überprüfungen von Krankenhäusern belegten eben nicht, dass Patienten zunehmend durch übermüdetes Personal behandelt würden, betonte **Sozialminister Guntram Schneider**. Zahlreiche der im letzten Jahr festgestellten Arbeitszeitverstöße seien auf Unkenntnis zurückzuführen, die in diesem Zusammenhang festgestellten Mängel seien weitgehend beseitigt worden. Auch die Schwere der Verstöße sei nach Feststellung der Bezirksregierungen eher zurückgegangen. Zusätzlich engagiere sich die Landesregierung mit einer Vielzahl von Maßnahmen für einen schlagkräftigen Arbeitsschutz.

Anica Bömkke

Weitere Beratung

Der Antrag der FDP-Fraktion „Bestmögliche Versorgung der Patienten sicherstellen – Marathondienste von übermüdeten Ärzten in nordrhein-westfälischen Kliniken wirksam unterbinden“ wird im Arbeitsausschuss weiter beraten.

Foto: Schätke

Im Fokus: Mast und Medikamente

Missbrauch von Antibiotika in der Tierhaltung – Debatte über Konsequenzen

9. Dezember 2011 – Der Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht könne bei Verzehr dazu beitragen, dass im Falle einer Krankheit solche Medikamente beim Menschen nicht mehr wirkten, da die Krankheitskeime gegen sie resistent würden. Mögliche Folgen: lebensgefährliche Infektionen. So SPD und Grüne in einem Antrag, den sie auf Basis einer Studie des NRW-Landwirtschaftsministeriums vorlegten (Drs. 15/3393). Antibiotika dürfen nicht zu Mastzwecken eingesetzt werden, darüber waren sich alle Fraktionen einig. Über konkrete Maßnahmen gingen die Meinungen dann aber auseinander.

Es handle sich um das Vergehen eines ganzen Systems, nicht den Fehler eines Einzelnen, betonte **Frank Sundermann** (SPD). Beim Einsatz von Antibiotika als Mastbeschleuniger nähme die Landwirtschaft in Kauf, dass sich Keime bildeten, die gegen dieses Medikament resistent seien. Dies wirke sich auf die Humanmedizin aus. Sundermann forderte eine optimierte Datenerhebung, mehr Transparenz sowie verstärkte Kontrollen seitens der Amtstierärzte. Notwendig seien des Weiteren Sonderdezernate für Lebensmittelkriminalität, aber auch ein bundesweiter Antibiotikakaplan mit konkreten Reduktionszielen und Anreizen für einen geringeren Medikamenteneinsatz.

Umweltminister **Johannes Remmel** (Grüne)



„Dieses System krank“, kommentierte **Norwich Rübe** (Grüne) den flächendeckenden Einsatz von Antibiotika. Er forderte, die agrarindustriellen Produktionsmethoden kritisch zu hinterfragen, da bei extrem dichter Tierhaltung Krankheiten unausweichlich seien. Es gebe Hinweise auf einen Zusammenhang von Betriebsgröße, Art der Tierhaltung und Intensität des Antibiotikaeinsatzes. Der CDU warf er vor, der Landwirtschaft in der Vergangenheit Persilscheine ausgestellt und so „eine wirkliche Aufarbeitung“ verhindert zu haben. Notwendig seien eindeutige Regeln, damit Antibiotika nicht mehr für die Mast, sondern nur noch therapeutisch eingesetzt würden.

Ein massiver und falscher Antibiotikaeinsatz sei „in keiner Weise akzeptabel“, so **Christina Schulze Föcking** (CDU), und Nachsicht deshalb fehl am Platz. Sollten der Landesregierung konkrete Fälle bekannt sein, müsse sie sofort handeln, die Menschen informieren und die Staatsanwaltschaft

sachsen, wo eine vergleichbare Studie vorliege. Insofern sei der massive Antibiotikaeinsatz ein nordrhein-westfälischer Skandal, diese Verantwortung könne Minister Remmel nicht einfach wegschieben. Im Übrigen lasse sich aus der Studie kein genereller Zusammenhang zwischen Antibiotikaeinsatz und Betriebsgröße erkennen. Rot-Grün instrumentalisieren die unzureichende Datenlage für ihre Vision einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft und gefährde damit viele bäuerliche Familienbetriebe.

Innerhalb von 35 Tagen würden bei der Zucht bis zu acht verschiedene Antibiotika verabreicht, häufig nur für jeweils ein bis zwei Tage, kritisierte **Hamide Akbayir** (Linke). Dies sei medizinisch sinnlos und diene nur der Wachstumsförderung. Damit Keime keine gefährlichen Resistenzen bildeten, müssten solche Medikamente mindestens fünf bis sechs Tage lang verabreicht werden. In Deutschland stürben jährlich mehr als 15.000 Menschen an multiresistenten Krankheitskeimen. „Für Missstände in der Fleischwirtschaft, für billige Lebensmittel bezahlen wir alle einen hohen Preis“, forderte Akbayir eine artgerechte Tierhaltung mit entsprechender Vermarktung.

Da Antibiotika zur Wachstumsförderung seit dem Jahr 2006 verboten seien, habe man nicht mit einem solchen Umfang gerechnet, so Umweltminister **Johannes Remmel** (Grüne). Es handle sich um Probleme in der gesamten Masttierhaltung. Er kündigte an, die wissenschaftlichen Untersuchungen auszuweiten und dem Parlament zukünftig jährlich Bericht zu erstatten. Auch bei der Übertragbarkeit resistenter Keime von Tier zu Mensch sei weitere Forschung nötig. Er kritisierte, dass Hähnchen, anders als Schweine und Rinder, von der Transparenz ausgenommen seien. Um das Ziel einer antibiotikafreien Mast zu erreichen, seien bundeseinheitliche Regelungen notwendig. *Florian Horstmann / cw*



Norwich Rübe (Grüne)



Christina Schulze Föcking (CDU)



Dr. Stefan Romberg (FDP)



Hamide Akbayir (Linke)

einschalten. Der vorliegende Antrag sei allerdings irreführend, kritisierte die CDU-Sprecherin. Er verschweige, dass Hähnchenfleisch rückstandsfrei sei und unbedenklich verzehrt werden könne. Außerdem seien die resistenten Keime bei Mensch und Tier unterschiedlich. Eine wirksame Minimierung von Antibiotika ließe sich nur über grenzüberschreitend abgestimmte Maßnahmen erreichen.

Es seien sich alle einig, dass die Ergebnisse der Studie inakzeptabel seien, unterstrich **Dr. Stefan Romberg** (FDP). NRW schneide aber deutlich schlechter ab als etwa Nieder-



Frank Sundermann (SPD)

Fotos: Schälte

Weitere Beratung

Der Antrag wurde an den Landwirtschaftsausschuss überwiesen, der darüber in öffentlicher Sitzung beschließen soll. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist mitberatend tätig.

Zukunft ohne Kasernen

Landtag diskutiert Auswirkungen der Bundeswehrreform auf NRW

9. Dezember 2011 – Über die Folgen der Bundeswehrreform für die Regionen haben jüngst auch die Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag debattiert. Nach dem Plan des Bundesverteidigungsministers sollen in Nordrhein-Westfalen fast 10.000 Dienstposten wegfallen. Dies betrifft vor allem die Standorte in Königswinter, Kerpen und Rheine. In einem Antrag fordert die CDU die rot-grüne Landesregierung auf, den mehr als 30 betroffenen Kommunen unter die Arme zu greifen und die Nachnutzung militärischer Flächen zu sichern (Drs. 15/3406).

In Nordrhein-Westfalen bedeute die Strukturreform das faktische Aus für drei Standorte, erläuterte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Karl-Josef Laumann** (CDU). Hinzu kämen die Abzüge der alliierten Streitkräfte. So sei beispielsweise die Stadt Rheine in einigen Jahren im Prinzip bundeswehrfrei. Wo sich bislang ein Hubschrauberlandeplatz befunden habe, gebe es dann eine ungenutzte Fläche von 500 Hek-

Reiner Priggen (Grüne) schloss sich der Freude über die friedliche Lage in und um Deutschland an. Problematisch sei es, wenn Gebiete nach Militärabzug jahrelang brachlägen. Allerdings gebe es durchaus positive Beispiele, wo sich betroffene Städte gut weiterentwickelt hätten. Grundsätzlich lobte Priggen die Strukturreform dafür, dass sie sich relativ gleichmäßig auf ganz Deutschland auswirke. Nun müssten sich

Konversion meine den Übergang freierwerdender Militärflächen in eine friedliche Nutzung, betonte **Ali Atalan** (Linke). Diesbezüglich kritisierte er den im CDU-Antrag genannten Appell, die Existenz der wehrtechnischen Industrie weiterhin zu sichern. Die CDU nutze so die Sorge um Arbeitsplätze zur Lobbyarbeit für die Wehrindustrie, bewertete Atalan den Antrag als Trojanisches Pferd. Einen Konversions-Hilfsfonds für die von der Reform betroffenen Städte und Gemeinden unterstütze die Linke jedoch voll. Dies sei auch eine moralische Pflicht. Schließlich müssten die Kommunen mit Folgen von Entscheidungen leben, die sie nicht selbst getroffen hätten.

„Wir werden die Bundeswehrstrukturreform in Nordrhein-Westfalen gestalten“, sagte **Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD) zu. Neben den



Fotos: Schälte

Karl-Josef Laumann (CDU)

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

Kai Abrusatz (FDP)

Ali Atalan (Linke)

Wirtschaftsminister
Harry Kurt Voigtsberger (SPD)

tar. Laumann regte an, das Baugesetzbuch zu überdenken, damit Städte und Gemeinden solche verlassenen Flächen in Außenbereichen für Industrie und Gewerbe nutzen dürften. Zudem forderte er einen Hilfsfonds des Landes für die von der Reform betroffenen Kommunen.

Der Slogan der Friedensbewegung habe sich erfüllt, stellte **Prof. Dr. Rainer Bovermann** (SPD) fest. Darüber müssten sich eigentlich alle freuen. Jedoch habe die Reform auch eine Kehrseite, wie etwa den Verlust von Arbeitsplätzen. So würden in NRW von derzeit 36.600 Dienstposten nur noch 26.800 übrig bleiben. „Insgesamt hinterlässt die Strukturreform in NRW deutliche Einschnitte“, betonte der SPD-Politiker. Er begrüßte, dass die CDU die Problematik selbst aufgreife. Allerdings sei es für zuverlässige Aussagen zu finanziellen Hilfen für die Kommunen noch zu früh. Der Ball in Sachen Konversionshilfe liege aus seiner Sicht derzeit beim Bund.

alle gemeinsam für ein kommunalfreundliches Programm bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) einsetzen, appellierte der Grüne. So sollte der Bund die Flächen zu Null an die Kommunen weitergeben, damit diese sie erfolgreich nutzen könnten.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen hätten sich deutlich verändert, stellte auch **Kai Abrusatz** (FDP) fest. Er forderte dazu auf, die Folgen der Strukturreform nicht nur zu beklagen, sondern als neue Herausforderung anzunehmen. Auch lobte er den Einsatz der Soldatinnen und Soldaten. „Dennoch sind die Einschnitte, die wir erleben, schmerzhaft“, so der FDP-Politiker. In den betroffenen NRW-Kommunen lebten rund 2,5 Millionen Menschen, machte Abrusatz das Ausmaß der Reform deutlich. Es gehe nun darum, gemeinsam das Landesinteresse zu formulieren und gegenüber der Bundesregierung zu artikulieren. Die Kommunen erwarteten zu Recht Unterstützung.

faktisch wegfallenden Standorten Königswinter, Kerpen und Rheine würden weitere 30 verkleinert. Zusätzlich zögen die Briten bis zum Jahr 2020 komplett aus NRW ab. Mit den Herausforderungen dürften die Kommunen nicht alleine gelassen werden, betonte der Minister und verwies auf erste Perspektiv-Workshops. „Die Kommunen hier im Lande können sich sicher sein, dass das Land bei dieser schwierigen Aufgabe an ihrer Seite steht.“ Die Frage nach einer Konversionshilfe stelle sich jedoch vor allem beim Bund.

bra

Weitere Beratung

Der Landtag hat den CDU-Antrag zur weiteren Beratung einstimmig an den Haupt- und Medienausschuss (federführend) sowie mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen.

Minderheit findet Mehrheiten

Die „Koalition der Einladung“ hält durch

2011, das erste volle Jahr unter einer rot-grünen Minderheitsregierung in NRW. Einige der Herausforderungen: Haushalten in Krisenzeiten, Energie- und Umweltpolitik gestalten angesichts einer bundesweiten „Energiewende“, die geeigneten Bildungsangebote bereitstellen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Ohne eigene Mehrheit im Parlament erweist sich das neue Regierungsbündnis stabiler, als von manchem erwartet. Die Situation rückt das Landesparlament noch stärker in den Mittelpunkt des Geschehens. So finden der Haushalt mit Hilfe der Linken, der „Schulkompromiss“ mit der CDU und die Finanzspritze für die Kommunen mit der FDP eine Mehrheit.

Januar Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtshofs zum Nachtragshaushalt 2010. Während die Opposition den Richterspruch als Sieg wertet, weil er der Schuldenaufnahme Grenzen setzt, sieht Ministerpräsidentin Hannelore Kraft den Nachtragsetat als die „Endabrechnung von Schwarz-Gelb“.

Nach Dioxinfunden in Futtermitteln wollen Bund und Länder in einem Aktionsplan die Produktionsabläufe für Industriestoffe und Le-

ner Sondersitzung. Die Abgeordneten gedenken in einer Schweigeminute der Opfer. Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg spricht dem japanischen Generalkonsul das Mitgefühl des Landes aus. Ministerpräsidentin Kraft fordert, dass auf europäischer Ebene über einen Ausstieg aus der Atomenergie diskutiert werden solle. Die CDU warnt vor einem „parteipolitischen Missbrauch“ der Katastrophe. Die FDP will keinen „deutschen Sonderweg“, während die Linke die Stilllegung aller deutschen Meiler verlangt.

schaffen Stichwahl bei der Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landratsamt-Wahl bleibt. Die anderen Fraktionen führen sie wieder ein.

Mitte des Monats nimmt der Etatentwurf für 2011 die zweite Hürde. Wichtigste Veränderung im Vergleich zur zweiten Lesung: Nach Beratung in den Fachausschüssen ist die Neuverschuldung von ursprünglich 7,1 auf 4,8 Milliarden Euro gesunken. Die CDU-Fraktion fordert ebenso wie die FDP weitere Einsparungen. Die Linke will höhere Ausgaben quer durch alle



bensmittel trennen. Der grüne Umweltminister sieht darin einen „Wendepunkt“ und fordert mehr nachhaltige, tierfreundliche und ökologische Produktionsverfahren. Die Opposition dagegen: Mit mehr „Öko“ seien 18 Millionen Menschen nicht zu ernähren.

Februar Die Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ konstituiert sich.

Ende des Monats beginnt der Marathon der drei Lesungen des Haushalts 2011. Die Regierungsseite verteidigt in der ersten Lesung 7 Milliarden Euro neue Schulden als „Zukunftsinvestitionen“ und „Vorsorge für die Familien, Kinder, Städte und Gemeinden“. Die Opposition nennt dies eine „verheerende Schuldenpolitik“, die „Kinder und Kindeskindern abzustottern“ hätten.

Erneuerbare Energien hätten ein wesentlich geringeres Risiko, meinen die Grünen, sie sollten noch schneller ausgebaut werden.

Eine Islamdebatte wird durch eine Landesstudie in Gang gesetzt, die der Integrationsminister dem Landtag vorlegt. Ihr Titel: „Muslimisches Leben in NRW“. Die CDU mahnt an, dass der Entwurf für ein Integrationsgesetz in NRW immer noch fehle. Nicht die Glaubenszugehörigkeit, sondern Bildung und soziale Herkunft seien das Problem, meinen die Grünen. Die Linken urteilen: Die Studie belege, dass es die Kategorie „Muslim“ nicht gebe.

April Der neue Windkrafteinsatz der Landesregierung liegt im Umweltausschuss geladenen Fachleuten zur Erörterung vor. Zwar wollen alle mehr Strom aus erneuerbaren Energien, jedoch sehen sie Nachbesserungsbedarf beim Erlass: etwa mehr Rücksicht auf Anwohnerinteressen und die kommunale Selbstverwaltung.

Die CDU steht abseits, als der Landtag darüber abstimmt, ob es bei der von Schwarz-Gelb abge-

Ressorts. Abstimmungsergebnis: SPD und Grüne pro, CDU und FDP contra, die Linke nimmt an der Abstimmung nicht teil bzw. enthält sich.

Mai Die Duisburger Loveparade-Katastrophe mit 21 Toten beschäftigt auf Antrag der Linken erneut den Landtag. Die Fraktion verlangt, die Tragödie vom Juli 2010 endlich aufzuklären. Der Innenminister betont, die Polizei habe ihre Sorgfaltspflicht nicht verletzt. Die CDU spricht sich gegen „ungesicherte Theorien, Spekulationen und Vorverurteilungen“ aus. Der SPD-Sprecher mahnt, das Parlament solle den Angehörigen zur Seite stehen. Wer den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht traue, solle einen Untersuchungsausschuss fordern, meinen die Grünen.

Der Landtag ebnet den Weg, um die Abwahl von Bürgermeistern zu erleichtern. Bis dato mussten die kommunalen Räte mit Zweidrittel-Mehrheit die Weichen für eine Abstimmung durch die Bürgerinnen und Bürger stellen. Eine zu hohe Hürde, findet die antragstellende Links-Fraktion.

Juni Der Bundespräsident besucht den Landtag. Gesprächspartner von Christian Wulff sind nicht nur die Landespolitiker, sondern auch Schülerinnen und Schüler, die am Informativprogramm des Landtags teilnehmen.

Kurswechsel bei der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst: Während Schwarz-Gelb die Mitbestimmungsrechte der Personalräte beschränkt hatte, meint der Innenminister, Demokratie höre nicht an der Bürotür auf. Gegen die Stimmen von CDU und FDP nimmt der Landtag ein Gesetz an, das über die ursprünglichen Regelungen vor der Änderung im Jahr 2007 hinausgeht.

Juli Drei Tage lang debattieren beim vierten Jugend-Landtag junge Menschen aus allen Regionen Nordrhein-Westfalens. Im Mittelpunkt diesmal der zunehmende Alkoholkonsum Jugendlicher und der Wunsch, verpflichtende Tage zur Berufsfindung an Schulen gesetzlich einzuführen. Hierüber diskutieren die 181 jungen Leute das Für und Wider im Ple-

August Die Sommerpause wird zu einem Sicherheits-Check genutzt: Techniker überprüfen Lautsprecher, Rauchmelder und die über 300 Deckenleuchten im Landtagsgebäude.

September In einer Aktuellen Stunde erörtern die Abgeordneten das neue Steuerabkommen des Bundes mit der Schweiz. Die Debatte erstreckt sich zwischen „Ablasshandel für Steuerhinterzieher“ und „pragmatischem Verhandlungserfolg“.

Ende des Monats bildet sich der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur möglichen Korruptionsaffäre beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes. Einige Projekte – darunter das geplante Landesarchiv in Duisburg – sind Anlass zu näherer Prüfung.

Oktober Hunderttausende besuchen den sechsten NRW-Tag, der zusammen mit der Feier zum Tag der Deutschen Einheit in Bonn stattfindet. Dort präsentiert auch der Landtag

November Das Integrationsgesetz liegt vor. Im Integrationsausschuss begutachten Fachleute den Entwurf der Landesregierung. Kern ist die Einrichtung von Kommunalen Integrationszentren, zu denen sich die 27 vorhandenen Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien weiterentwickeln sollen.

Als Anschlag auf die Demokratie wertet Innenminister Jäger in der Plenarsitzung die Morde der rechtsextremistischen Zwickauer Terrorzelle. Er verlangt zudem Klarheit über mögliche Verbindungen der Verfassungsschutzbehörden zu Neonazis. Sprecher aller Fraktionen äußern ihr Mitgefühl mit den Opfern und ihren Angehörigen. Auch ein mögliches Verbot der NPD kommt erneut zur Sprache. Die Links-Fraktion fordert die Auflösung des Verfassungsschutzes.

Dezember Wichtige Entscheidung in Sachen direkte Demokratie: Der verabschiedete Gesetzentwurf zur Stärkung der Bürgerbeteiligung räumt einige Hürden beiseite, an denen



num, in Ausschüssen, Fraktionssitzungen und Expertenanhörungen.

Nach jahrzehntelangem Meinungsstreit über die Ausgestaltung des Schulwesens, vor allem über die Rolle der Hauptschule, verkünden SPD, Grüne und CDU gemeinsam den Schulkonsens, der dann im Herbst vom Landtag beschlossen wird. Zukünftig kommt neben Gymnasium, Gesamt- und Hauptschule eine neue Schulform, die Sekundarschule, hinzu. Zudem wird das gegliederte Schulsystem mit integrierten Schulformen durch die Landesverfassung abgesichert, die Bestandsgarantie der Hauptschule hingegen gestrichen.

Ebenfalls vom Plenum abgesegnet: die Revision des Kinderbildungsgesetzes. Sie bringt die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres und im Oktober eine weitere Debatte über ein von den Oppositionsfraktionen kritisiertes „Chaos“ bei der Umsetzung.

Ein Kapitel NRW ist Geschichte: Mit Mehrheit von CDU, SPD und Grünen verabschiedet der Landtag einen Restrukturierungsplan, der die Aufspaltung der WestLB bedeutet.

sich und seine Arbeit. Viele Abgeordnete stehen den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort.

Der öffentlich gewordene Einsatz eines „Bundestrojaners“ beschäftigt den Innenausschuss. Der zuständige Minister berichtet über die Anwendung in NRW. So habe es zwei Fälle gegeben, eine dritte Aktion laufe derzeit. Es sei dabei um die Bekämpfung von Drogenkriminalität gegangen; die Polizei habe auf richterliche Anordnung gehandelt.

Bis zum Jahr 2030 will NRW den Ausstoß von Treibhausgasen um 80 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 verringern. Das sieht der Entwurf der Landesregierung für ein Klimaschutzgesetz vor, der von den Abgeordneten in einer ersten Beratung diskutiert wird. Die Opposition wertet den Entwurf als unausgewogen, industriefeindlich und unverbindlich. Das rot-grüne Regierungslager betont dagegen die Verantwortung und Vorbildfunktion des Landes: NRW als Energieland Nummer 1 wolle in Zukunft auch das Klimaschutzland Nummer 1 werden.

Bürgerbegehren in der Vergangenheit öfter gescheitert sind.

Der Landtag verabschiedet in zweiter Lesung den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung. Nach dem Gesetzentwurf der Regierung sollen die betroffenen Kommunen über zehn Jahre lang jährlich 350 Millionen Euro als Finanzhilfe erhalten. Im Gegenzug dazu müssen sich die teilnehmenden Gemeinden verpflichten, in absehbarer Zukunft jeweils ausgeglichene Haushalte vorzulegen (siehe Seite 5).

Die Prüfung privater Abwasseranlagen soll ausgesetzt und neu geregelt werden. Ein entsprechender Antrag der FDP fand mit den Stimmen von CDU und Linken im Umweltausschuss eine Mehrheit (siehe hierzu Seite 18).

In den beiden letzten Sitzungen des Jahres berät der Landtag in erster Lesung den von der Landesregierung vorgelegten Haushalt fürs Jahr 2012. Er hat ein Volumen von 58,1 Milliarden Euro und sieht eine Neuverschuldung von 3,97 Milliarden Euro vor. *Jürgen Knepper*

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Aus meiner Sicht war das politische Jahr 2011 für Nordrhein-Westfalen ...

... ein Jahr mit Licht und Schatten. Der Schulkonsens zwischen CDU, SPD und Grünen hat einen Schlussstrich unter eine jahrzehntelange fruchtlose Schulstrukturdebatte gesetzt. Das ist gut für unsere Schulen. Frau Kraft hat sich den Ruf einer Schuldenkönigin erworben. Das ist schlecht für das Ansehen unseres Landes. Stoppen konnte sie nur der NRW-Verfassungsgerichtshof in Münster, der einem Antrag auf einstweilige Anordnung der CDU-Landtagsfraktion gegen den Nachtragshaushalt folgte.

... ein spannendes Jahr. Endlich haben wir einen Schulkonsens im Interesse von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrern und Kommunen: Die Idee vom längeren gemeinsamen Lernen ist gesetzlich verankert und vor Ort ist das jeweils beste Schulangebot möglich.

Mit dem gerade verabschiedeten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ geben wir den dramatisch verschuldeten Kommunen Hilfe zur Selbsthilfe. Das ist notwendig, denn die Kommunen sind das Fundament unserer staatlichen Ordnung.

Die zentralen landespolitischen Fragen für das Jahr 2012 sind meiner Meinung nach ...

... 1. Hat Frau Kraft den Willen zu sparen? Bisher nicht. Bisher profitiert sie von sprudelnden Steuern. Das reicht nicht, um die Schuldenbremse 2020 zu erreichen.

2. Hat Frau Kraft den ernsthaften Willen, den Kommunen zu helfen? Bisher nicht. Die wenigen Kommunen, die Hilfen erhalten sollen, wollen sie in dieser Form nicht. Und der Rest der notleidenden Kommunen geht leer aus.

Und 3. werden wir uns in der Schule auf die Qualität des Unterrichts konzentrieren und schauen, wo wir Verbesserungen erzielen können.

... zum einen die Beratung und Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes und des Klimaschutzplans. Damit wollen wir Kompetenz, Kreativität und Innovationsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft nutzen.

Zum anderen wird deutlich werden, dass sich vorbeugende Politik und Haushaltskonsolidierung ergänzen. Mit einer grundlegenden Aufgabenkritik müssen Landesregierung und Parlament Möglichkeiten eröffnen, finanzielle Spielräume zu erweitern und die Neuverschuldung zu senken. Dabei darf es keine Tabus geben.

Das Jahr 2012 wird für unser Land ein gutes Jahr, wenn ...

... Frau Kraft ernsthaft spart. Wenn Frau Kraft und die sie tragenden Regierungsfaktionen von SPD und Bündnisgrünen ihre Blockade bei wichtigen Industrie-Projekten wie etwa dem Kohlekraftwerk in Datteln aufgeben. Und wenn die Regierungsfaktionen von SPD und Bündnisgrünen stärker auf die Vorschläge der CDU im Düsseldorfer Landtag eingehen. Denn wir als CDU werden auch im Jahr 2012 unsere Politik der Alternative und der Attacke fortsetzen. Auch das ist gut für die Menschen in NRW.

... es wie beim Schulkonsens und beim Stärkungspakt gelingt, Sachpolitik im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund zu stellen.

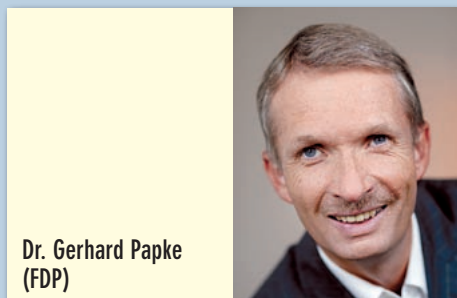
Diesmal die Fraktionsvorsitzenden.



... geprägt vom rot-grünen Politikwechsel. Wir haben mit dem Schulkonsens einen Durchbruch für mehr Bildungsgerechtigkeit geschafft. Bei den Gemeindefinanzen werden wir noch im Dezember die ersten 350 Millionen Euro aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen auszahlen. Das Klimaschutz-Start-Programm, eine Offensive für mehr demokratische Bürgerbeteiligung und die Abschaffung der Studiengebühren – selten hat eine Koalition in so kurzer Zeit so viele Wahlversprechen eingelöst.

... von der Bundespolitik nicht zu trennen. NRW wird 2012 als erstes Land ein wegweisendes Klimaschutzgesetz verabschieden. Wir benötigen aber auch verstärkte Bundesinvestitionen in Erneuerbare Energien und Energieeinsparung. Zudem wollen wir den haushaltspolitischen Konsolidierungskurs fortsetzen, um die Schuldenbremse 2020 zu schaffen. Dafür brauchen wir eine stabile konjunkturelle Entwicklung und müssen das Steuersenkungsdelirium von Schwarz-Gelb im Bundesrat stoppen.

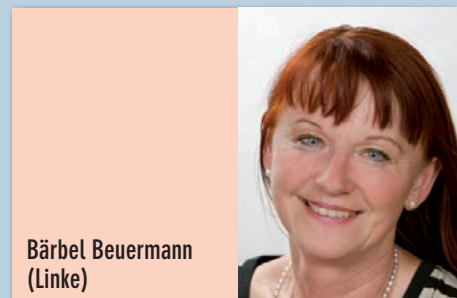
... wir am Ende feststellen können, dass die europäische Idee mächtiger ist als jede Krise. Denn NRW liegt nicht nur in der Mitte Europas. Wir sind auch auf ein starkes Europa angewiesen. ... die demokratische Politik die Vorherrschaft über die Kapitalmärkte zurückerobert und kalte Gier endlich auf klare Regulierung trifft. ... die zwei rot-grünen Frauen an der Spitze der Landesregierung den schwarz-gelben Jungs auch weiterhin zeigen, dass sie es selbst ohne Mehrheit besser können.



... geprägt vom Versuch der rot-grünen Landesregierung, die schwarz-gelbe Reformpolitik zurückzudrehen. Dabei setzen SPD und Grüne auf Gleichmacherei statt Chancengerechtigkeit. Leider hilft die CDU Rot-Grün mit der Einführung der Sekundarschule, die Gymnasien in ihrer Existenz bedroht, bei der Aufweichung des gegliederten Schulwesens. Einen guten Kompromiss haben allerdings SPD, Grüne und FDP zum Jahresende mit dem Hilfsprogramm „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ für hochverschuldete Kommunen gefunden.

... neben der Schulpolitik, die nach der Zukunft des Wirtschaftsstandorts NRW. SPD und Grüne müssen ihre industriefeindliche Politik beenden. Bisher blockieren die Grünen in unverantwortlicher Weise die Fertigstellung des modernsten Steinkohlekraftwerks der Welt in Datteln. Die SPD muss sich klar dazu bekennen und zeigen, ob sie die Arbeitsplatzsorgen von Industriearbeitern noch wirklich ernst nimmt. Deshalb ist auch das sogenannte Klimaschutzgesetz der Grünen gefährlich, das den Bau moderner Industrieanlagen massiv behindern würde.

... die Gängelung von Industrie und Mittelstand sowie die Bevormundung der Bürger aufhören. Zusätzliche Einschränkungen und Gesetze sind häufig unnötig - wie die Wiedereinführung eines Tariftreuegesetzes. Es sorgt nur für bürokratischen Mehraufwand und verteuert öffentliche Aufträge, deshalb wurde es in Regierungsverantwortung der FDP abgeschafft. Ebenso haben sich die freiheitlichen Regelungen bei den Ladenöffnungszeiten bewährt. Und auch ein dogmatisches Rauchverbot in unseren Kneipen ist mit der FDP nicht zu machen.



... spannend und bewegt! Wie im Vorjahr haben wir Linke unsere Positionen klar darlegen und immer wieder auch durchsetzen können. Wir werden unseren strikten Kurs fortsetzen, gerade auch weil wir befürchten, dass SPD und Grüne sich für ihre geplanten Rotstiftstriche künftig die Stimmen der übrigen Hartz-IV-Parteien einholen werden. Das ist bedauerlich, weil mit uns eine klare, am sozialen Wohl Aller orientierte Politik möglich wäre.

... zahlreich! Die Inklusion von Menschen mit Behinderung wird eine große, gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gleiches gilt für die Klima- und Energiewende. Der Start der Rente mit 67 wird viele Leute ebenso treffen wie die weiterhin desaströse Finanzlage vieler Kommunen. An den Hochschulen fehlen Studienplätze, und es gibt noch immer kein Sozialticket, das diesen Namen verdient. Ich könnte so fortfahren, und ich fürchte, es kommen ohnehin noch Probleme dazu, die wir bisher noch gar nicht erkannt haben.

... wir es schaffen, die Menschen wieder für ihre und unsere Demokratie zu begeistern! Als Linke ist unser Beitrag dazu, klare Alternativen zu benennen und kritische Fragen zu stellen. Zu den Problemen der Zeit genauso wie zu unseren Vorstellungen einer besseren, gerechteren und friedlichen Zukunft. Wir sind streitbar und solidarisch – und exakt so werden wir auch im kommenden Jahr bleiben.

Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte	Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte
15/3532	Änderung der Verfassung, Linke	Haupt- und Medienausschuss	1. Lesung 22.12.2011	15/2944	Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW, LR	Sozialausschuss	Ausschussberatung 1.2.2012
15/3493	Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes, LR	Vorschlag: Sozialausschuss	1. Lesung 21.12.2011	15/2852	Änderung des Ordnungsbehördengesetzes, CDU	Innenausschuss	Anhörung 12.1.2012
15/3427	Stärkungspaktfondsgesetz, LR	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 21.12.2011	15/2851	Wiedereinführung einheitlich sozial-gestaffelter Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung und der Beitragsfreiheit, Linke	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	Anhörung 12.1.2012
15/3402	Gemeindefinanzierungsgesetz 2012, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 21.12.2011	15/2793	Einführung der untergesetzl. Normenkontrolle, FDP	Rechtsausschuss	Sachverständigengespräch geplant
15/3400	Haushaltsgesetz 2012, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 21.12.2011	15/2436	Änderung des Landesaltenpflegegesetzes, LR	Vorschlag: Sozialausschuss	2. Lesung avisiert
15/3535	Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen, SPD, Grüne	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 21.12.2011	15/2380	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umweltausschuss	Beratung läuft
15/3398	Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes etc., SPD, Grüne, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung geplant	15/2379	Sicherung von Tarifreue und Sozialstandards bei öffentlichen Aufträgen, LR	Wirtschaftsausschuss	2. Lesung 21.12.2011
15/3396	Achtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, CDU, SPD, Grüne	Haupt- und Medienausschuss	Anhörung 19.1.2012	15/2359	Änderung der Landesbauordnung, SPD, Grüne	Bauausschuss	2. Lesung 21.12.2011
15/3261	Entflechtung datenschutzrechtlicher Kompetenzen beim WDR, FDP	Haupt- und Medienausschuss	Beratung im Januar	15/2356	Gesetz zur Abschaffung der Hochschulräte, Linke	Wissenschaftsausschuss	Beratung läuft
15/3046	Beitreibungserleichterungsgesetz/Kfz-Zulassung	Ausschuss für Kommunalpolitik	2. Lesung 21.12.2011	15/2209	Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, CDU, SPD, Grüne	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	2. Lesung 21.12.2011
15/3045	Änderung des Straßen- und Wegegesetzes und des Bürokratieabbaugesetzes I, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr	2. Lesung 21.12.2011	15/1875	Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes, LR	Wissenschaftsausschuss	Ausschussberatung läuft
15/2988	Gesetz zur Fortentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 20.1.2012	15/1312	Erleichterung von Volksbegehren, SPD und Grüne	Innenausschuss	2. Lesung 21.12.2011
15/2953	Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes, LR	Umweltausschuss	Anhörung 23.1.2012	15/1068	Änderung der NRW-Verfassung (Artikel 83), CDU	Haupt- und Medienausschuss	Weitere Beratung im Januar
				15/474	Bibliotheksgesetz und Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Beratung ausgesetzt

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - im Plenum vom 8./9. Dezember 2011 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
15/3047 Vorl. 15/914	Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz	Landesregierung	1. Lesung 17.11.2011 2. Lesung 8.12.2011	angenommen durch CDU, SPD, Grüne, FDP
15/2859	Stärkungspakt Stadtfinanzen	Landesregierung	1. Lesung 28.9.2011 2. Lesung 8.12.2011	angenommen mit 101 gegen 75 Stimmen
15/2224	Änderung des Kommunalabgabengesetzes	Landesregierung	1. Lesung 21.7.2011 2. Lesung 8.12.2011	einstimmig angenommen
15/2151	Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung	Landesregierung	1. Lesung 30.6.2011 2. Lesung 8.12.2011	angenommen durch SPD, Grüne, Linke
15/1876	Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum	Landesregierung	1. Lesung 19.5.2011 2. Lesung 8.12.2011	angenommen durch SPD, Grüne, Linke

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Man befürchte, am Ende als „Sparstrumpf“ der Landesregierung missbraucht zu werden, betonte Andreas Wohland (Kommunale Spitzenverbände). Bereits heute existiere bei den Städten und Gemeinden eine strukturelle Finanzierungslücke. Vor diesem Hintergrund könne man aus deren Sicht der Einführung einer Schuldenbremse nur zustimmen, wenn gleichzeitig in der Landesverfassung eine Mindestfinanzierung der Kommunen, unabhängig von der Leistungsfähigkeit des Landes, festgeschrieben würde.

Den Eingriff der grundgesetzlichen Regelung in die Verfassungs- und Haushaltsautonomie der Bundesländer problematisierte Professor Lothar Michael (Universität Düsseldorf). Aus seiner Sicht wäre es wünschenswert, wenn die Länder über landesrechtliche Regelungen eigene Ansätze zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik festlegten. Nur eine Regelung in der Landesverfassung ermögliche die Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof des Landes, ergänzte Dr. Henning Tappe (Universität Münster). Eine rein grundgesetzlich geregelte Kreditgrenze könne nur über das Bundesverfassungsgericht durchgesetzt werden. Hier aber sei die Opposition im Düsseldorfer Landtag nicht klageberechtigt. In einem Ausführungsgesetz könne man dann die zukünftigen Spielräume konkretisieren. Das Land solle die Möglichkeit nutzen, eigene Kriterien für einen soliden, schuldengrenzenkonformen Haushalt festzulegen, meinte auch Dr. Thilo Schaefer (Institut der deutschen Wirtschaft).

URSACHEN UND MASSNAHMEN

„Wenn der politische Wille fehlt, hält keine Schuldenbremse“, unterstrich Dr. Kai von Lewinski (Humboldt-Universität Berlin). Daher müsse Schuldenaufnahme zukünftig für die Wählerinnen und Wähler fühlbar sein, plädierte er für eine „Demokratisierung der Staatsverschuldung“. Dies könnte zum Beispiel über automatisch einsetzende Tilgungsabgaben erfolgen, um ein Anwachsen der Schulden zu vermindern.

„Die Messe ist gesungen“, kommentierte Professor Heinz-J. Bontrup (Fachhochschule Gelsenkirchen) mit Verweis auf die bundesrechtliche Regelung. Nun bleibe den Ländern nur, in Berlin gegen die „falsche Entscheidung“ zu protestieren. Denn die Schuldenbremse werde die derzeitige massive Wirtschaftskrise, die aufgrund einer verfehlten Steuerpolitik im Kern eine Umverteilungskrise sei, noch verschärfen. Der Staat müsse – notfalls über Schulden – gegensteuern, „sonst stürzt die Welt ein“.

Die Schuldenbremse löse nicht das Problem der Staatsverschuldung, betonte Professor Stefan Bajohr (Universität Düsseldorf). Denn von den bestehenden Schulden werde durch sie kein

Bremswirkung

Anhörung über das Ob und Wie einer Schuldenbremse in der Landesverfassung

15. Dezember 2011 – „In Artikel 83 der Verfassung für Nordrhein-Westfalen wird der Grundsatz eines ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichenden Haushalts festgeschrieben“, fordert die CDU die Aufnahme einer sogenannten Schuldenbremse in die Landesverfassung, analog zum Artikel 109, Absatz 3 des Grundgesetzes. Eine Kreditaufnahme soll danach nur noch in eng begrenzten Ausnahmesituationen zulässig sein. Diese Forderung stieß in einer gemeinsamen Anhörung von Hauptausschuss (Vorsitz Wolfram Kuschke, SPD) und Haushaltsausschuss (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) auf Lob, Ergänzungsvorschläge und Kritik. In seiner Plenarsitzung vom 9. Dezember hatte der Landtag zum gleichen Thema eine Kommission eingesetzt.

Foto: Schälte

Cent abgebaut. Insofern setze die Schuldenbremse einen Staat mit solider Steuersituation voraus. In der aktuellen Lage müsse man die Kredite zukünftig durch ordentliche Einnahmen ersetzen. Eine Konsolidierung sei daher nicht ohne eine andere Steuerpolitik möglich, meinte auch Dr. Achim Truger (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung). Man dürfe in den Ausführungsregelungen jetzt nicht zu konkrete Ziele festzuschreiben, warnte er. Ansonsten drohe, dass aus konjunkturellen dann strukturelle Schwächen würden.

Die Schuldenbremse bedeutet aus Sicht von Professor Mechthild Schrooten (Hochschule Bremen) einen Paradigmenwechsel: Statt Einnahmen und Ausgaben stünden zukünftig die Schulden im Mittelpunkt der Haushaltspolitik. Und da man die Einnahmen nur begrenzt beeinflussen könne, werde man die gesetzten Ziele nicht ohne Ausgabenkürzungen erreichen können. Dies setze aber ein bestimmtes Staatsverständnis voraus, verwies Schrooten auf durchaus notwendige Aufgaben der öffentlichen Hand.

Mit der Frage, welche Spielräume und Ausnahmen zukünftig möglich sein sollten, beschäftigte sich Dr. Michael Thöne (Universität Köln). Die Herausforderung sei, eine „Konjunkturregel“ für entsprechende Handlungsmöglichkeiten des Staates zu etablieren. Von einer Finanzierung über Nebenhaushalte riet Thöne aber dringend ab. Die Schuldenbremse müsse daher auch Körperschaften des öffentlichen Rechts, Beteiligungen des Landes, Sondervermögen und Landesbetriebe mit einschließen, so Elmar Clouth (Landesrechnungshof NRW).

„Wer Vorrangigkeit setzt, muss auch Nachrangigkeit setzen“, forderte Heinz Gebhardt (Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsinstitut) eine Überprüfung aller Ausgaben des Landes. Die Staatsverschuldung sei kontinuierlich bis auf nun 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angestiegen. Ein konsequenter Sparkurs bedeute eine sinkende Zinslast und steigende finanzielle Spielräume. „Die Steuerzahler warten auf ein Signal für solide Staatsfinanzen“, hob Heiner Cloesges (Bund der Steuerzahler) hervor. *cw*

Aus den Fraktionen

CDU verurteilt Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten beim Castor-Transport

„Für manche Politikerin und Politiker insbesondere auf der linken Seite des politischen Spektrums stecken Polizistinnen und Polizisten offenbar in der Rolle des Aggressors und sind für diese Politikerinnen und Politiker deshalb offensichtlich rechtlos. Das ist ein unerhörter Skandal. Es ist die Pflicht eines jeden demokratisch in ein Parlament Gewählten, sich vor seine Polizei zu stellen, insbesondere dann, wenn die Polizistinnen und Polizisten dafür sorgen, dass Recht und Verträge vollzogen werden.“ Das erklärte der CDU-Landtagsab-



geordnete Josef Rickfelder jetzt im Düsseldorfer Landtag. Dort diskutierten die Abgeordneten über die „beispiellose Gewalt gegen Polizeibeamte beim Castor-Transport 2011“. In dem CDU-Antrag wurden die Abgeordneten aufgefordert, diese Gewalt zu verurteilen.

Die CDU im Düsseldorfer Landtag bedankt sich ausdrücklich für die professionelle Art und Weise, wie die Polizei den Einsatz geleistet hat. Und dies trotz der schwierigen Rahmenbedingungen. Mittlerweile entwickle sich Gewalt gegen die Polizei zur

„Normalität“ in Deutschland. So habe die Linke vor dem Castor-Transport nach Gorleben zum „Schottern“ aufgerufen. Josef Rickfelder, der selbst vor Ort war und die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten begleitet hat, berichtete: „Ich habe gesehen, wie friedlich demonstriert wurde. Aber ich habe auch gesehen, wie mit Nägeln bestückte Golfbälle und Molotov-Cocktails auf die Polizeibeamtinnen und -beamten geworfen wurden.“ Daher fordert die CDU-Landtagsfraktion einen verstärkten Schutz aller Polizisten und mehr Respekt gegenüber ihren Einsätzen. ■



Expertinnen unterstützen Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes

„Wir wollen das Landesgleichstellungsgesetz novellieren und in seiner Durchsetzungskraft stärken“, heißt es im Vertrag der rot-grünen NRW-Koalition auf Seite 63. Dieses wichtige Vorhaben packt jetzt die SPD-Landtagsfraktion an und startete die Diskussion über die anstehende Novellierung im kommenden Jahr mit dem Landtagstalk „Gleichstellung – die Unvollendete?!“. Der Einladung folgten 80 Interessierte, die mit Expertinnen der Gewerkschaften, aus den Hochschulen und kommunalen Frauenbüros sowie Gleichstellungsbeauftragten diskutierten.

Schnell bestand in der Runde Einigkeit darin, dass es trotz aller Bemühungen um die Gleichstellung von Männern und Frauen im Land noch viel zu tun gibt. Insbesondere die paritätische Besetzung der Führungsgremien ist auf allen Ebenen noch in weiter Ferne, obwohl das „Gesetz zur



Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen“ (Landesgleichstellungsgesetz NRW) nun schon seit zwölf Jahren in Kraft ist. Insofern muss das Gesetz aufgrund neuer gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen nicht nur novelliert werden. Es muss auch sichergestellt werden, dass die bereits im alten Gesetz festgelegten Maßnahmen auch eingehalten werden und diese wirkungsvoll greifen können. In den kommenden Monaten muss dabei

die Frage beantwortet werden, ob Anreize vorgegeben oder besser Sanktionen festgeschrieben werden. Das Ziel steht jedenfalls fest: Das Landesgleichstellungsgesetz soll mit der Novellierung zu einem effektiven Instrumentarium für eine aktive Frauenförderung werden. ■



Alle Jahre wieder ...

... schmücken Schulkinder aus NRW den Weihnachtsbaum vor dem Grünen Fraktionsaal. In diesem Jahr besuchte uns die Klasse 2b der Neuling-Grundschule aus Bochum. Mit ihrer



Lehrerin schmückten die 28 Kinder unseren Weihnachtsbaum mit selbst gebasteltem Baumschmuck. Der Fraktionsvorsitzende Reiner Priggen, die Parlamentarische Geschäftsführerin Sigrid Beer und Norwich Rüße, Sprecher Naturschutz, begrüßten die Kinder und stimmten mit ihnen Weihnachtslieder an. Anschließend stärkten sich die Kinder mit Weihnachtsgebäck und Saft. Passend zur Jahreszeit hatte Norwich Rüße erst vor kurzem zu einer Veranstaltung eingeladen, bei der die Unterschiede zwischen umweltverträglichem und konventionellem Anbau von Weihnachtsbäumen erläutert und diskutiert wurden. ■



Witzel: GEZ muss neutrale Kontrolle erhalten

Die FDP-Landtagsfraktion fordert eine neutrale Kontrolle der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) durch den Landesdatenschutzbeauftragten. Dazu hat sie einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Bislang hat der Landesdatenschutzbeauftragte bei der Sicherung der 42 Millionen Datensätze der GEZ keinerlei Prüfkompetenz. Diese wird ausschließlich vom WDR-Datenschutzbeauftragten betreut, der darüber hinaus auch für die Belange innerhalb der Rundfunkanstalt zuständig ist. Ralf Witzel, Parlamentarischer Geschäftsführer und medienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion: „Das bedeutet im Klartext, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk bisher ausschließlich selbst kontrolliert. Das ist alles andere als optimal“, kritisiert Witzel. Denn es bestehe die Gefahr der Befangenheit, wenn der WDR seine In-

kassostelle ausschließlich selber in Augenschein nehme. „Der WDR-Datenschutzbeauftragte steht institutionell immer in einem Abhängigkeitsverhältnis zum WDR – allein dieser Umstand könnte zu Interessenverquickungen führen“, gibt Witzel zu bedenken. Angesichts der gravierenden und datenschutzrechtlich umstrittenen Regelungen, die der neue Rundfunkstaatsvertrag vorsieht, dürfe dem Landesdatenschutzbeauftragten die Zuständigkeit für die GEZ nicht länger durch Sonderregelungen im WDR-Gesetz verwehrt bleiben. Nach dem Gesetzentwurf der FDP sollen die Kompetenzen des WDR-Datenschutzbeauftragten künftig allein auf die WDR-internen, journalistisch-re-



Ralf Witzel (FDP)

daktionellen wie administrativen Belange beschränkt werden. „Der WDR-Datenschutzbeauftragte ist und bleibt für die innerbetrieblichen Belange zuständig“, erklärt Witzel. Die Arbeitsweise der GEZ unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten sollte aber künftig der unabhängige Landesdatenschutzbeauftragte übernehmen. „Durch diese neutrale Kontrolle

kann der Schutz der sensiblen Datenmenge von rund 42 Millionen Bürgern optimal gewährleistet werden.“ ■



Der Wille zum echten Klimaschutz fehlt

Der aktuelle Bericht des UN-Klimarates IPCC warnt vor zunehmenden „Extremwettern“ wie Starkregen, Dürre und Überschwemmungen infolge des Klimawandels. Die globalen CO₂-Emissionen steigen so stark wie noch nie. Schon bei einem Anstieg der durchschnittlichen Temperatur von 3,25 Grad würden von heute bis 2050 etwa 100 bis 150 Millionen Menschen Opfer von Küstenüberflutungen, bis zu 600 Millionen Opfer von Hungersnöten und 300 Millionen Opfer der Malaria werden, während zusätzlich 3,5 Milliarden Menschen von Wassermangel betroffen wären.

Zwar wird über Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit viel geredet, die praktischen



Hamide Akbayir (Linke)

Handlungen sind jedoch mangelhaft. Grund dafür ist der fehlende Wille. Wir erleben doch gerade in Zeiten der „Finanzkrise“, welche Geldmittel zur Stützung maroder Banken oder für Steuerentlastungen Besserverdienender umgeschichtet oder verfügbar gemacht werden können, wenn dies nur gewünscht ist.

Bislang sind Klimaschutzziele in Deutschland und NRW nicht verbindlich festgelegt. Das soll jetzt mit dem Klimaschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen geändert werden. Denn NRW erzeugt ein Drittel der CO₂-Emissionen in Deutschland. 54 Prozent der CO₂-Emissionen entfallen dabei auf die Energiewirtschaft. Das Klimaschutzgesetz

soll nun den Rahmen für die Umsetzung von Emissionsminderungs- und Anpassungsmaßnahmen schaffen.

Es richtet sich leider nur an öffentliche Stellen, obwohl diese Stellen nur rund zwei bis drei Prozent der CO₂-Emissionen ausmachen! Sie allein können den Klimawandel nicht stoppen. Im Entwurf bleibt unklar, wie mit dem Bau neuer und schon geplanter Kohlekraftwerke weiter verfahren werden soll. Auch wenn die Klimaschutzziele Anreiz dazu geben sollen, dass die Industrie in Nordrhein-Westfalen freiwillig ihre Produktion klimafreundlich umbaut, so sind doch zusätzlich verbindliche Vorgaben notwendig, so Hamide Akbayir. ■



Expertenrat zu Hochschulräten

16. Dezember 2011 – Die vor vier Jahren mit dem Hochschulfreiheitsgesetz eingerichteten Hochschulräte wieder abzuschaffen – das fordert die Linksfraktion (Drs. 15/2356). CDU und FDP dagegen wollen die bestehenden Regelungen erhalten und das Gesetz wissenschaftlich auswerten (Drs. 15/2366). Beide Dokumente waren Grundlage eines Sachverständigengesprächs im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Arndt Klocke, Grüne).

Der Hochschulrat habe sich bewährt, urteilte Professor Martin Sternberg für die Landesrekorenkonferenz sowohl der Universitäten als auch der Fachhochschulen. Ein externer Blick auf den Wissenschaftsbetrieb sei notwendig. Insgesamt seien die Hochschulen durch die heutige Kompetenzverteilung deutlich handlungsfähiger. Dieser Auffassung schlossen sich Professor Reiner Schuhenn für die Landesrektorenkonferenz der Kunst- und Musikhochschulen sowie Rolf Pohlhausen für die Arbeitsgemeinschaft der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen NRW an. Das Hochschulfreiheitsgesetz habe die Leistungs- und Innovationsfähig-

keit der Hochschulen gestärkt, betonten auch Dr. Christian Berthold, Centrum für Hochschulentwicklung, Professor Uwe Schneidewind, Universität Wuppertal, und Jürgen Schlegel, Hochschulrat der Ruhr-Universität Bochum.

Durch das Hochschulfreiheitsgesetz seien die Einrichtungen verstärkt in die jeweilige Region eingebettet, ergänzte Professor Deiseroth, selbst Hochschulrat in Siegen. Die Rolle der Hochschulen als Orte der Freiheit der Wissenschaft betonte dagegen Professor Thomas Stelzer-Rothe vom Hochschullehrerbund.

Hingegen kritisierte Klaus Böhme (Landespersonalrätekonferenz der Hochschulen in

NRW) die Hochschulräte, da sie die Hochschulen in ihrer Selbstverwaltung entmachten. Matthias Neu von der Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlichen Beschäftigten an den Hochschulen und Universitätsklinikum forderte, Hochschulen wieder zu entprivatisieren und die Beschäftigten wieder in den Landesdienst einzugliedern.

Externe Beratung ja, aber ohne bindenden Charakter: Dafür trat Patrick Schnepfer vom Landes-Asten-Treffen NRW ein. Das Hochschulfreiheitsgesetz sei vom Ansatz her falsch, notwendig sei vielmehr eine nach demokratischen Gesichtspunkten gestaltete Beteiligung aller Gruppen an den Hochschulen. Gegen die Letztentscheidungskompetenz der Hochschulräte sprach sich Dr. Wolfgang Lieb, Staatssekretär a.D. aus. Er beklagte die faktische Schaffung einer „unternehmerischen Hochschule“. Die Hochschulräte müssten daher in ein rein beratendes Gremium umgewandelt werden, betonte auch Diethard Kühne von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. CW

Prüfung der Abwasserrohre aussetzen

14. Dezember 2011 – Mit den Stimmen von CDU, FDP und Linken hat der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landtags NRW (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU) einen Antrag der FDP angenommen (Drs. 15/1548). Darin fordert sie die Landesregierung auf, den Vollzug der Dichtheitsprüfung privater Abwasserkanäle auszusetzen.

Zur Begründung führte die FDP insbesondere an, der entsprechende Erlass des Landesumweltministeriums von Oktober letzten Jahres ermögliche keine bürgerfreundliche Umsetzung des zugrunde liegenden Gesetzes aus dem Jahr 2007. Insbesondere behandle das Ministerium damit Bürgerinnen und Bürger anders, als die öffentliche Hand. Die CDU kritisierte den „Generalverdacht“ gegen alle Abwasserrohre, der in dem Erlass zum Ausdruck käme. Dies führe dazu, dass die Regelung von der breiten Bevölkerung nicht akzeptiert würde. Sie betonte allerdings auch, es gebe „kein Recht auf Undichtigkeit“. Notwendig sei ein fairer Ausgleich der verschiedenen Anforderungen und Interessen. Laut Links-Fraktion müsste der derzeitige Erlass ausgesetzt werden, bis eine sozial verträgliche, ökologisch sinnvolle und bundeseinheitliche Lösung vorliege.

SPD und Grüne werteten den Antrag als Aufruf zu rechtswidrigem Handeln und bezweifelten daher dessen Rechtmäßigkeit. Die Regierungsfractionen kritisierten, dass CDU und FDP als Urheber der gesetzlichen Bestimmungen nun anscheinend nicht mehr dazu stünden. Immerhin habe man die Regelungen so angepasst, dass Bagatellschäden nicht mehr saniert werden müssten, so die Grünen.

Dass bestimmte Prüfarten wie die Durchflussprüfung nicht möglich seien, liege an den Formulierungen des schwarz-gelben Gesetzes aus dem Jahr 2007. Die SPD verwies darauf, dass nach ersten Erhebungen deutlich mehr als die Hälfte aller Abwasserleitungen schadhafte seien. Landesumweltminister Johannes Remmel (Grüne) hatte zu Beginn der Ausschusssitzung angekündigt, im Januar einen Vorschlag zur Änderung des Landeswasserrechts vorzulegen. Gleichzeitig verteidigte er den kritisierten Erlass; dieser könne nur so gut sein wie die gesetzliche Grundlage aus dem Jahr 2007.

Zu Beginn der Aussprache hatte der Ausschussvorsitzende Friedhelm Ortgies auf das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger in dieser Angelegenheit hingewiesen, sich aber gegen persönliche Angriffe gegen die Mitglieder des Umweltausschusses insbesondere über das Internet verwahrt. CW

Foto: Schälte

Prüfprotokoll der Druckprüfung mit Luft

Projektleiter :		Auftraggeber :		Vastbau GmbH An der Eibecke Gronau	
Geräteleiter :		Auftragsort :		Bau 16 Christian-Morgenstern-Weg 17 Solingen	
Niemczyk		Auftragsart :		Dichtheits-Prüfung	
		Auftragsdatum :		25.08.2010	
		Prüfdatum :		25.08.2010	
		Auftragsnummer :			
Objekt					
Objektart :	Einfamilienhaus	Lage :	Aussenlage	Laufende Nr. :	LP - 31
Haftungsbez. :	Keller/Revision	Nennw. [mm] :	110	Baujahr :	2010
	Richtung	Prüflänge [m] :	10,2	Material :	PVC/Steinzeug
	Kanal	Grundw. [m] :		Kanalart :	MWL
Prüfdaten					

Porträt: Christina Schulze Föcking (CDU)



Ihr berufliches Ziel war es nie, Politikerin zu werden. „Wenn Sie mich vor zwei oder drei Jahren gefragt hätten, ob wir uns mal im Landtag treffen, hätte ich mit Sicherheit Nein gesagt“, sagt Christina Schulze Föcking und lacht. In der Tat hatte die 35-jährige Landwirtin aus Steinfurt auch ohne Plenar-, Ausschuss-, Fraktions- und Arbeitskreissitzungen, ohne Aktenstudium und Bürgersprechstunden in dem weitläufigen Wahlkreis im nördlichen Münsterland genug zu tun. Gemeinsam mit ihrem Mann bewirtschaftet sie den Hof, der seit dem 14. Jahrhundert der Familie gehört, und ist zudem Mutter von Luc und Ben, den sieben und fünf Jahre alten Jungen.

Doch weil sie sich zu Hause in Steinfurt in verschiedenen Bereichen ehrenamtlich engagiert hatte, weil sie, der Familientradition entsprechend, schon immer zu den Schwarzen

gehörte und weil das Auge von Karl-Josef Laumann, einflussreicher CDU-Mann aus dem benachbarten Riesenbeck, heute Fraktionschef im Landtag und damals Parteichef im Kreis Steinfurt, mit Wohlgefallen auf der engagierten und beliebten jungen Frau und Mutter ruhte, wurde sie schließlich gefragt, ob sie nicht die Nachfolge von Hannelore Brüning antreten wollte, der langjährigen Wahlkreisabgeordneten, die 2010 nicht wieder antrat. Mit fast 50 Prozent der Stimmen holte sie am 9. Mai eines der besten Ergebnisse für ihre Partei.

MIT DER HEIMAT VERBUNDEN

Im Landtag kümmert sich Christina Schulze Föcking natürlich in erster Linie um die Sorgen und Probleme der Bauern. Im Plenum hat sie sich bislang ausschließlich zu agrarpolitischen Fragen geäußert. Doch sie versteht sich nicht ausschließlich als Lobbyistin der Agrarwirtschaft, die einseitig die Interessen der Landwirte vertritt. „Ich möchte eine Art Sprachrohr sein für die Menschen aus meiner Heimat“, sagt sie, hält deshalb viele Bürgersprechstunden in den Gemeinden ihres Wahlkreises ab und ist, wenn sie nicht in Düsseldorf sein muss, ständig zwischen Steinfurt, Greven, Horstmar, Neuenkirchen und Wettringen unterwegs.

Dort erfährt sie, was die Menschen bewegt, sie wollen wissen, ob die Schule im Dorf bleibt, und sie sorgen sich, ob das Land die Schuldenkrise tatsächlich in den Griff kriegt.

Und weil sie die Sorgen der Menschen ernst nimmt, hat sie sich auch darüber geärgert, als jüngst bekannt wurde, dass Hähnchenmäster

offenbar massenhaft Antibiotika einsetzen. „Antibiotikaeinsatz hat als Standard in der Tierhaltung nichts zu suchen“, befindet sie klipp und klar. „Verbraucherschutz hat oberste Priorität.“ Dabei weiß Schulze Föcking, wovon sie redet. Zum Familienbetrieb gehört neben Ackerbau auch die Schweinehaltung.

Sie kann sich auch gut vorstellen, sich im Landtag auf anderen Feldern als der Agrarpolitik zu engagieren. Sie interessiert sich für Schulpolitik und ist stellvertretendes Mitglied im Schulausschuss, außerdem vertritt sie ihre Fraktion im Petitionsausschuss. Diese Arbeit ist ihr gerade als junge Abgeordnete, die zum ersten Mal dem Landtag angehört, besonders wichtig, weil hier Probleme aus allen Lebensbereichen angesprochen werden und sie unmittelbar mit den Sorgen und Nöten der Menschen konfrontiert wird.

Das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat Christina Schulze Föcking zu ihrer vollen Zufriedenheit gelöst. Ihre Eltern leben auf dem Hof, und wenn die beiden Jungen aus Schule und Kindergarten nach Hause kommen, kümmern sich die Großeltern um ihre Enkel. Für Hobbys bleibt der jungen Politikerin nicht viel Zeit. An Wochenenden begleitet sie Luc und Ben zu den Spielen ihrer Fußballmannschaften und feuert die beiden an. Und wenn es eben geht, zieht sie sich die Laufschuhe an und joggt in den Wäldern ihrer Heimat, um den Kopf wieder ganz frei zu kriegen. „Ich bin gerne in der Natur“, sagt die junge Bäuerin, „da spüre ich die Verantwortung, die wir dafür tragen.“ Und einmal im Jahr verbringt die Familie Schulze Föcking ihren Urlaub auf der Nordseeinsel Norderney: „Das muss sein.“ *Peter Jansen*

Austausch zur EU-Ratspräsidentschaft

13. Dezember 2011 – „Solidarität in Europa ist das beste Mittel, um die Krise zu überwinden.“ Das erklärte die Generalkonsulin der Republik Polen, Jolanta Róża Kozłowska, im Ausschuss für Europa und Eine Welt (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). Dort blickte sie gemeinsam mit den Abgeordneten und Mitgliedern der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe des Landtags auf die erste polnische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2011 zurück.

Die Präsidentschaft sei für Polen eine wichtige Prüfung gewesen, sagte die Generalkonsulin. Auch wenn die zurückliegenden Monate von der Euro-Debatte dominiert worden seien, so habe Polen in der Koordinierung der Ratsarbeit dennoch inhaltliche Akzente setzen können und die Weichen für ein langfristiges sowie nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Europa gestellt. In diesem Kontext berichtete Kozłowska auch, dass Polen weiterhin an die gemeinsame europäische Währung glaube und langfristig einen Beitritt zur Währungsuni-

on anstrebe. Die Zustimmung zu Europa in der polnischen Bevölkerung sei nach wie vor groß.

Mit dem Gespräch setzte der Ausschuss seine schon traditionelle Reihe „Europa erleben“ fort, in der regelmäßig hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft im Landtag NRW zu Gast sind und über die europapolitischen Ziele ihrer Länder berichten. Im 1. Halbjahr 2012 wird Dänemark die EU-Ratspräsidentschaft von Polen übernehmen.

5W

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit:
Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marc Herter MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Özlem Alev Demirel MdL (Linke), Parlamentarische Geschäftsführerin; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Sebastian Schaffer (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Florian Kaiser (Linke), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 21. Dezember 2011 – 24. Januar 2012

21.12. Vogt, Alexander (SPD)	33
30.12. Keymis, Oliver (Grüne)	51
1.1. Töns, Markus (SPD)	48
4.1. Kleff, Hubert (CDU)	64
5.1. Atalan, Ali (Linke)	44
5.1. Engstfeld, Stefan (Grüne)	42
6.1. Garbrecht, Günter (SPD)	62
7.1. Schmeltzer, Rainer (SPD)	51
10.1. Lehne, Olaf (CDU)	50
10.1. Hovenjürgen, Josef (CDU)	49
18.1. Engel, Horst (FDP)	65
19.1. Veldhues, Elisabeth (SPD)	63
19.1. Wiedon, Stefan (CDU)	46
23.1. Hendricks, Renate Maria (SPD)	60
24.1. Steffens, Barbara (Grüne)	50

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

24.12. Litterscheid, Hans (CDU)	90
28.12. van Hall, Karl (CDU)	85
28.12. Goldmann, Rüdiger (CDU)	70
29.12. Champignon, Bodo (SPD)	70
7.1. Wessel, Willi (SPD)	75
13.1. Kuckart, Leonhard (CDU)	80
16.1. Gregull, Georg (CDU)	80

Verstorben

14.10. Hans Günter Hafke (SPD)
MdL 2000 – 2005

Porträts des Präsidiums

Gleich fünf schnittfrische Kurzfilme gibt es in dieser Woche auf dem Videportal des Landtags. In den Interview-Porträts beantworten die Mitglieder des Präsidiums (Eckhard Uhlenberg, Carina Gödecke, Oliver Keymis, Angela Freimuth und Gunhild Böth) Fragen rund um ihre Person, ihr Amt und die Arbeit des Parlaments. Die Interviews gibt's auf der Internetseite des Landtags.

Treffen & Termine

6.1.2012 Empfang der Sternsinger der katholischen Pfarrgemeinde St. Martin aus Düsseldorf-Bilk

17.1. bis 10.2.2012 Ausstellung mit Werken des Künstlers Karl Hartmann

17.1. bis 3.2.2012 Ausstellung des NABU „Wolken über'm Wald“

25.1. bis 3.2.2012 Ausstellung „Didaktische Zugänge zum Holocaust“

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 22. Dezember 2011 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Frohe Botschaft

„Weihnachten wird unterm Baum entschieden“ – meint eine Warenhauskette werben zu müssen. Das finde ich geistig bescheiden und es ist obendrein doppelt falsch: Weihnachten wurde ja schon mit der Geburt Jesu vor 2000 Jahren „entschieden“. Und nicht die Geschenke machen Weihnachten aus, sondern weil Weihnachten ist, beschenken wir uns. Weihnachten ist nicht, was unter dem Baum liegt, sondern, was wir aus dem faszinierenden Ereignis Menschwerdung Gottes heute als frohe Botschaft für uns ganz persönlich „auspacken“.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie beim Blick zurück auf 2011 entdecken können, dass es für Sie insgesamt ein gutes Jahr war – in persönlichen Erfahrungen, Begegnungen und Entwicklungen. Ich bitte Sie, in gute Wünsche und Gedanken zum Fest und für das Jahr 2012 Menschen und Regionen der Erde einzuschließen, die in bitteren, oft existenziell bedrohlichen Lebensumständen leben und unsere Anteilnahme und Solidarität brauchen. Gemeinsam mit allen, die 2011 an „Landtag Intern“ beteiligt waren, wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben einen frohen Heiligen Abend, schöne Weihnachtstage und einen heiteren, zukunftsreichen Start ins neue Jahr.

Ihr



Eckhard Uhlenberg
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



Foto: Schälte